

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 8. Oktober 1926

Nummer 41

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-------------|
| Für die Verkürzung der Arbeitszeit | |
| Gewerkschaftliche Weiterbildung | Matthias |
| Zur Frage der Verschmelzung | |
| Ein Nachwort zu den §§ 7 und 18 des NStZ. 1925 | 64 |
| Wirtschaftspolitische Theorien. VI. (Schluß) | H. Stief |
| Konferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter Nordwestdeutschlands am 25. und 26. September 1926 in Hamburg | |
| Der 57. englische Gewerkschaftskongreß | H. Weingart |
| Der Sozialkampf der englischen Gasarbeiter I | H. Duff |
| Für die Frauen & Bildungsarbeit • Landstrafensarbeiter • Was unsere Bewegung bedeutet • Verbandsteil | |
| Kultur und Wirtschaft | |



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schießische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

OPHEL Größte Produktion der Welt!

FAHRRÄDER

Preuss. Klassenlotterie
 in Sachsen und Hamburg genehmigt.
Ziehung 1. Klasse am 15. u. 16. Oktbr. 1926.
 Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppelloos:
Zwei Millionen Reichsmark.
 1000 000 200 000
 500 000 100 000
 300 000 75 000

Jede Klasse derselben Lospreis:
 1/2 2/3 1/2 1/2 Doppelloos
 3.- 6.- 12.- 24.- 48.- RM.
 Porto u. Gewinnliste 30 Pf., extra. Zahlung nach Empfang der Lose.
 Gewinnschaffte Zuehung der Lose und Gewinnlisten.
 Staatl. Lotterieverwaltung
A. Bergemann, Berlin-W.,
 Postcheckkonto: Berlin 5067. Bayrische Straße 12.

Rein's 6

MGM

ORGANROTE · OLDSIEGEL · ZOPCHEN

DIE BEGHERTEN FEINSCHNITTE
 ELSA'S TAFELFABRIKEN u. H. SCHIFFERSBACH
 Harmonika-, Sprechapparat-Fabrikation, Niedrigste Preise. Schallplatten Mark 1,-. Ersatz Neb. Nachl., geg. 1872, Klingenthal, Sa. 199. Großer Katalog gratis.

Großes Leuzitzer Tuchhaus nimmt noch
Vertreter
 auf zum Verkauf von Stoffen nach der Musterkollektion. Strengste Reellität, billige Preise. Größte Auswahl in allen Preislagen. Große Verdienstmöglichkeit. Verkauf gegen Ratenzahlungen. Herren, welche dafür ernsthaftes Interesse haben — auch Beamte im Ruhestande — bitten wir um Nachricht.
 Offerten unter 14421 an Krieger-Dank, Annoncen-Expedition, Berlin SW 11.

NEUE GÄNSE-FEDERN
 Alle Federn sind tadellosh gewaschen und gereinigt, wie man sie von der Gans rupft, mit allen Daunen... per Pfd. 2.00 u. 2.50
 pa. Halbdaunen 6.75, 5.- u. 4.50
 Dreiviertel Daunen 7.50 u. 6.75
 weich sort. Daun. in 11,50 u. 10.-
 mit der Hand gerissene Federn und Daunen 6.- u. 4.-
 sehr gute, weiche 6.25 u. 5.75
 weiß. Daunenschleiß 8.25 u. 7.25
 Versand per Post. Rückzahl. ohne Zwick.
 J. Gieseler, Neudorfstr. 3 u. (Telegraph)
 Alt Versandh. Gänse- u. Bettfed. Gebr. 1881

Nur für Beamte!
 Besteinstige Sprechapparate ab Fabrik in jeder Preislage zu günstigsten Teilzahlungsbedingungen. — Verlang. Sie sol. kostenloses Angebot von
Flüster & Co., Breslau Nr. 344
 Postschließfach 294

Radio auf Miete!
 Nur Weltmarken! Nach 6 Monaten ihr Eigentum / Detektor, Röhrenempfänger, Lautsprecher
 Kostenlosen Vertreterbesuch
Lorenz & Schneider, W 62,
 Kurtfürststr. 114. Kurfürst 242.

Kenntliche Menschen soll Kraft und Schmeid gibt Dr. Hübners Lebenselixir
 544411 1.- Mk. in Apotheken u. Drogerien

Nie wieder so billig!
 Eichen Speisezimmer, ca. m. kompl. 690.—
 Eichen Schlafzimmer, volle Türen, innen Mahagoni, kompl. . . . 235.—
 Eichen Herrenzimmer kompl. . . . 225.—
 Einzelmöbel enorm billig, große Auswahl.
 Viele Gelegenheiten, trotzdem Zahlungserleichterung.
MARSHALLS MÖBELFABRIK
 Berlin, Loshinger Straße 25
 (am Untergrundbahnhof Schönhauser Tor)
Billige böhmische Bettfedern!
 Ein kg. graue, geschliss. M. 3.—
 halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—
 best. M. 6.—, daunenweiße M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—
 14.—, weiße ungeschliss. M. 7.50,
 9.50, best. Sorte Mk. 11.— Versand portofrei, sollfrei gegen Nachn.
 Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
 Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.

SOELLKÖRE • SPIRITUOSEN

Rolle's Fruchtwein

Reichenau ist beliebt bei Mann und Frau

VERLANGEN SIE PREISLISTE
B. G. ROLLE REICHENAU Sa. 70

Kugelhase
 mit 2. Serie, 2 Höl. — 9 Pfd.
 Nr. 1. — 200 Jahre Kaiser —
 11. 4. 8. Reichstag.
 F. A. Seibel, —
 Nordstr. 62/65 Hofstr.

Wüste Musik trocken —
 Made Dörfler zahnlos!

MUSIK
 Instrumente
 für Schüler, Schule und Heim
 Verlangen Sie Preisliste

Garantie-Fahrräder
 mit Freilauf
 72.- / 80.-
 Katalog kostenlos von der
 Fahrradfabrik
 Sigurd-Broschardt
 Cappel 107

MAX DÖRFEL
 Klingenthal (Sachs. Nr. 30)

Bestellen Sie sofort!
 Gegen 6 Monatsraten
 liefere ich

Kerrenschnürstiefel
 mit Doppelsohle in
 bester Qualität. Wenn
 nicht gefallen, Rück-
 nahme. Preis 12.— Mk.
 Erste Zahlung, mit dem
 nächsten 1. d. Monats.
 Nummer angeb. Off.
 unt. Berufsangabe an
 Ad. Stahl & Co., Nürnberg,
 Rennweg Nr. 1.

Billigste und reellste
 Bezugsquelle in
neuen Gänsefedern
 wie von der Gans gepupft auf
 einem Baum PM. 2.50, bessere
 3.00, doppelte Anzahl gefüllte
 2.50, doppelte Feder gefüllte
 3.00, sehr rare 6.00, doppel-
 gefüllte Baum 6.50, gefüllte
 gefüllte Feder mit Baum
 4.00 und 5.00, halbwolle 5.75,
 schlechteste 7.50, in 100 Gramm
 9.00 und 10.50. Per recht.
 schlechteste Ware Garantie. Keine
 abgabewichtigen auf einen Baum
 recht. Versand gegen Nachnahme.
 Rudolf Otletsch,
 Glänsemastanstalt,
 Neu-Trebbin, Markb.

9 Pfund
Holländische Käse
 für 6.55
 Jede Kiste enthält 9 der besten Käse
 der Welt.
 Die mit der roten Kappe
BASE-TRAUKE HAMBURG 10

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugsspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Sür die Verkürzung der Arbeitszeit



Is die Kraft der Gewerkschaften durch das unblutige, aber desto wirksamere Mittel der Inflation zum Teil gebrochen war, machten die Unternehmer befürchtlich einen ernsthaften Vorstoß gegen den Achtstundentag. Der Novembersturz hatte der deutschen Arbeiterschaft eine gesetzlich garantierte Höchstarbeitszeit von acht Stunden gebracht. Das war ein Ergebnis der Umwälzung, welches die deutschen Unternehmer am schmerzlichsten empfanden. Deshalb ergriffen sie mit Wohlbehagen die nicht ohne ihre Schuld herbe-

geführte Gelegenheit der Krise nach der Inflation, um dem gesetzlich Festgelegten ein Ende zu bereiten.

Nur den energischen Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und insbesondere des Kollegen Leipart ist es zu danken, daß der Achtstundentag in den meisten Betrieben und Industrien gehalten werden konnte. Seitdem gelang dem Einhalt zu bieten. In vielen Fällen konnte sogar eine Verkürzung der Arbeitszeit wieder herbeigeführt werden. Doch gibt es immerhin noch Betriebe und Industrien, wobei wir nur an den Bergbau und die Hüttenindustrie erinnern wollen, wo die tägliche Arbeitszeit mehr als acht Stunden pro Tag beträgt.

Es scheint uns an der Zeit zu sein, daß die deutsche Arbeiterschaft angesichts der Massenarbeitslosigkeit und im Verfolg der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeitsleistungen durch die Rationalisierung für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Und zwar dergestalt, daß der Achtstundentag in Deutschland wieder restlos zur Durchführung kommt und ferner in all den Industrien, wo die technische und wirtschaftliche Möglichkeit vorhanden ist, die normale Arbeitszeit unter acht Stunden herabgesetzt wird. Die Rationalisierung der Produktion ist in den meisten Industriezweigen soweit durchgeführt, daß das Produktionsergebnis eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schaden für die allgemeine Wirtschaft gestattet. Der Bezirksleiter des ADGB für Berlin und Brandenburg, Karl Bolmershaus, hat in einer kürzlich stattgefundenen Konferenz der freigewerkschaftlichen Verwaltungsausschuhmitglieder der öffentlichen Arbeitsnachweise Berlins und der Provinz Brandenburg auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden hingewiesen. Die zahlreich besuchte Konferenz hat diese Forderung durch die Annahme einer Entschließung einstimmig gutgeheißen.

Aber nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft scheint diese Ansicht einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit an Boden zu gewinnen, sondern auch in anderen Kreisen. Außerordentlich beachtlich erscheint uns ein Artikel, den ein Industrieller, R. Matschat, in der „Frankfurter Zeitung“ vom 29. August veröffentlicht. Zunächst

wird dort eine Ausrufung von Henry Ford zitiert, wo dieser amerikanische Großindustrielle die Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche fordert. Ford schreibt:

„Eine fünfjährige Arbeitswoche würde das wirtschaftliche Gedeihen Amerikas eher erhöhen als vermindern. Der Grund dafür liegt darin, daß neue Bedürfnisse den Menschen in ihrer freien Zeit mehr zum Bewußtsein kommen als bei der Arbeit. Ueberdies bietet die Muße Gelegenheit, zu benutzen, was erzeugt ist. Die verkürzte Arbeitswoche diente bisher nur dazu, die Produktion bei zeitweise verringerter Nachfrage niederzuhalten. Das wurde für besser gehalten als überhaupt keine Arbeit.“

Ich glaube, wir werden in Zukunft solche Perioden vermeiden, indem wir die Fünftage-Weeko aus genau den entgegengesetzten Gründen einführen — um nämlich die Gelegenheit zum Verbrauch aller Erzeugnisse zu vergrößern... „Die gute alte Zeit, als Männer, Frauen und Kinder zwölf Stunden und mehr täglich arbeiteten, war wirtschaftlich nie gedeihlich. Erst als die Leute mehr Ruhe hatten, sich des Lebens zu freuen, singen sie an, von allem mehr zu wünschen. Das führte zum Zehnstundentag und später zum Achtstundentag. Viele Arbeitgeber bekämpften zuerst die Idee des Zehnstundentages. Sie fürchteten einen schädlichen Einfluß auf die Produktion, indem nach ihrer Ansicht alle vorhandenen Arbeiter nicht genug hervorbringen könnten, um die Welt bei einem so kurzen Arbeitstage mit dem ganzen Lebensbedarf zu versorgen. Derselbe Einwand wurde gegen den Achtstundentag erhoben. Dabei war es doch so, daß die Industrie ihre eigenen Kunden vom Kaufen abhielt, indem sie sie zu lange beschäftigte. Jeder Arbeiter wußte, daß die Menschen nur glücklich sind, wenn sie sich mit irgend etwas beschäftigen können. Es kam ihnen nie in den Sinn, darüber nachzudenken, was die Arbeiter wohl in ihrer freien Zeit täten. Hätten sie es getan, so hätten sie entdeckt, daß in den Mußestunden die Bedürfnisse auftreten, zu deren Deckung die Arbeitsstunden da sind. Je mehr freie Zeit die Menschen haben, um so mehr können sie ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen einrichten; und sie werden arbeiten, um ihre Lebenshaltung auf dieser Höhe zu erhalten.“

Von Bedeutung ist es nun, daß der Artikelschreiber der Frankfurter Zeitung, der, wie bereits bemerkt, in der deutschen Industrie an führender Stelle steht, dieser Meinung Fords im großen und ganzen zustimmt. Diese Äußerungen des Herrn Matschat sind wert, hier im Auszug wiedergegeben zu werden: ... Man ist sich bei uns noch immer nicht klar genug darüber geworden, daß die Masse der eigentliche und größte Verbraucher auch solcher Dinge ist, die sie nicht unmittelbar benutzt. Der Käufer einer komplizierten und teuren

Gemeindearbeiter

Stadt, wir haben dir unser Blut gegeben.
Stadt, wir dienen dir mit ganzem Leben.
Stadt, wir bauen dir neue Straßenzüge,
Stadt, wir sind deine fruchtbaren Flüsse.
Stadt, wir sorgen für Licht und wir sorgen
Stadt, wir sind deine große Hand. Für Brand,
Stadt, dein Theater und all deine Kunst
Geht zunächst durch uns.
Stadt, wir wohnen so bitterlich arm,
Werden unsere Kinder im Winter warm?
Stadt, wir wollen nur Roggenbrot,
Wir wollen keinen Wein, auch kein Zuckerbrot.
Stadt, wir sehen, wie in weißen Kältsen
Die Menschen sich weidlich mästen.
Stadt, wir, deine Arbeitsproleten,
Wir sind geplagt von hundert Räten.
Stadt, du Mutter! bergih und nicht:
Ohne uns brennt dir kein Licht!

Max Dorn

Maschine zum Bedrucken von Geweben ist z. B. vielleicht ein Großindustrieller, der der liefernden Maschinenfabrik ganz ausschließlich als Auftraggeber erscheint und entsprechend von ihr honoriert wird. In Wirklichkeit wird aber die Maschine in Bewegung gesetzt von dem Wunsch der Arbeiterfrau oder des Dienstmädchens, buntbedruckte Kleider oder Schürzen zu tragen. Ist der Mann der Arbeiterfrau arbeitslos oder verdient er zu wenig, so steht die Maschine still. Diese Vernachlässigung der eigentlichen Gründe für die Beschäftigung unserer Industrie erklärt vielleicht, warum bei uns im allgemeinen immer noch nur die reichen und wohlhabenden Schichten als die eigentlich maßgebenden Verbraucher betrachtet werden. In Wirklichkeit hat die übersteigerte industrielle Entwicklung bei uns schon längst Zustände geschaffen, die eine Beschränkung des Absatzes auf die wenig zahlreichen Angehörigen der zurzeit kaufkräftigen Masse verbieten. Vielleicht ist diese naheliegende Erkenntnis auch bei uns schon vorhanden, aber auf keinen Fall hat man so bewußt und energisch die einzig möglichen Forderungen daraus gezogen wie in Amerika... Man ist in Amerika endgültig von der alten Auffassung abgetrennt, die den Arbeiter erst in letzter Linie als Mensch einschätzte und zuerst in ihm eine meßbare Kraftquelle ähnlich einer mechanischen Vorrichtung sah, die ohne Zusammenhang mit dem Fortbestehen der Fabrik nach Belieben in den Produktionsgang aufgenommen oder daraus entfernt werden konnte. Man hat erkannt, daß der Boden, auf dem der Absatz höher wachsen soll als bisher,

besser gedüngt werden muß... Sicher verdient das Vorgehen Nordamerikas in solchen Fragen unsere scharfe Aufmerksamkeit, schon damit die beiden gefühlsmäßig belasteten Schlagworte „Begehrlichkeit der Arbeiterschaft“ und „Raffgier der Industrie“ bei uns endlich als Requisiten aus der Polemik über wirtschaftliche Dinge verschwinden.“

Wir registrieren solche Äußerungen mit Genugtuung. Zeigen sie doch, daß wir mit unseren Auffassungen nicht allein stehen. Es ist aber auch nicht einzusehen, daß wir päpstlicher als der Papst sein sollen und nicht laut und deutlich das propagieren sollen, was Industrielle als notwendig und im Bereiche der Möglichkeit liegend betrachten. Wenn die deutschen Industriellen in ihrer Mehrheit nicht begreifen, „daß der Boden, auf dem der Absatz höher wachsen soll als bisher, besser gedüngt werden muß“, dann muß ihnen das beigebracht werden. Düngen läßt sich der Boden nur durch höhere Löhne und Gehälter oder durch eine fühlbare Senkung der Preise. Darüber hinaus erscheint uns aber die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit geboten zu sein. Um dies alles zu erreichen, sind starke Gewerkschaften notwendig. Denn hierzulande treffen die Worte Fords auf die meisten Unternehmer zu, daß sie nicht ins Geschäft gehören und nie hätten Arbeitgeber werden sollen. Denn solche Unternehmer, die die fünfjährige Arbeitswoche propagieren, kann man bei uns wie der selige Diogenes am helllichten Tage mit der Laterne suchen.

Gewerkschaftliche Werbearbeit

Die anlässlich des fünfundsingzigjährigen Bestehens der gewerkschaftlichen Internationale veranstaltete Werbewoche der freien Gewerkschaften ist vorüber. Der Gedanke, die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf diese Weise zu feiern, war gut. Auf jeden Fall war die internationale Werbewoche der Gewerkschaften die würdigste Form, bei den Arbeitern die Erinnerung an dieses für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtige Ereignis wachzurufen. Sie bot Gelegenheit, den Arbeitern nicht nur die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation innerhalb des nationalen Rahmens darzulegen, sondern ihnen auch klar zu machen, wie gegenüber der internationalen Ausbreitung des Kapitals und der von ihm geschaffenen Verbindungen der gleiche internationale Zusammenschluß der Arbeiter erforderlich ist; welche Aufgaben daraus entstehen und wie die vor 25 Jahren geschaffene Gewerkschaftsinternationale versucht hat, die ihr übertragenen sowie durch die wirtschaftliche Entwicklung zuwachsenden Aufgaben zu erfüllen.

Alles das ist in der verklossenen Werbewoche den deutschen Arbeitern in Wort und Schrift, durch Versammlungen und Presse in ausgiebigstem Maße vor Augen geführt worden. Ob das praktische Ergebnis dem Aufwand an geleiteter Werbearbeit entspricht, läßt sich noch nicht feststellen. So geeignet der Anlaß dazu war, eine allgemeine und großzügige Werbung für die Gewerkschaften einzuleiten, so ungünstig war der für ihre Durchführung genährte Zeitpunkt. Nach den bei früheren ähnlichen Veranstaltungen gemachten Erfahrungen kann jedoch angenommen werden, daß die vorgenommene Werbearbeit nicht vorgebildet war. Zwar wird sich auch jetzt herausstellen, daß die erzielten unvollständigen Werbeerfolge verhältnismäßig bescheiden sein werden. Noch lastet die Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in wenig vermindertem Maße auf der Arbeiterschaft. Ihre deprimierenden Wirkungen sind bekannt. Hiernach konnte sich niemand der Illusion hingeben, daß es nur der Veranstaltung einer Werbewoche bedürfte, um die bisher unorganisierten Arbeiter zu bestimmen, sich in hellen Haufen ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Das ist nur von solchen Arbeitern zu erwarten, bei denen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, die Scham vor einem würdelosen Beiseitstellen im wirtschaftlichen Kampfe bereits so stark wirkte, alle bei ihnen bis dahin dem gewerkschaftlichen Anschluß entgegenstehenden Hemmnisse zu überwinden. Die anderen, bei denen wirtschaftliche Einsicht und solidarische Gefühl noch nicht so weit entwickelt sind, werden von den an sie gerichteten Werbeaufrufen entweder nur wenig oder gar nicht berührt.

Die Bedeutung und Notwendigkeit derartiger allgemeiner Werbeveranstaltungen wird dadurch nicht in Frage gestellt und war selbst dann nicht, wenn sie zunächst völlig ergebnislos bleiben. Veranstaltungen dieser Art haben ihre Bedeutung vor allem darin, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, der Öffentlichkeit, besonders aber den Kreisen, für die sie bestimmt sind, zu sagen: „Seht her — hier ist etwas, was eure Beachtung fordert!“ Dieser

Zweck wird immer erreicht. Eine öffentliche Werbung von größerem Ausmaß findet stets Beachtung, nötig die Unworbene, sich mit ihrem Gegenstande zu beschäftigen. Sie rüttelt auf und löst in der Richtung des verfolgten Zweckes eine suggestive Wirkung aus. Es ist nichts anderes, als was in der geschäftlichen Kellame in Erscheinung tritt, die der Kapitalismus in raffiniertester Weise und im Bewußtsein ihrer suggestiven Kraft mit Erfolg zur Anwendung zu bringen weiß. Die Gewerkschaften können die kapitalistischen Kellamethoden nicht anwenden. Dennoch muß auch ihre Werbetätigkeit von suggestiver Eindringlichkeit sein. Das ist im allgemeinen der Fall und konnte auch bei der verklossenen Werbewoche beobachtet werden. Es dürfte wenig Arbeiter und Arbeiterinnen geben, die den Ruf: „Organisiert euch, tretet eurem Verbands bei!“ nicht gehört haben. Diesen Ruf haben sie zwar schon öfter vernommen, wenn auch nicht in der gleichen Stärke und Eindringlichkeit wie in diesen Tagen.

Damit darf es nicht sein Bewenden haben, wenn die erfolgte Aufrüttelung der Arbeiter von Erfolg sein soll. Die mit der gewerkschaftlichen Werbewoche erzielten Eindrücke dürfen sich nicht verwischen, sie müssen erhalten bleiben. Das kann nur geschehen, wenn die organisierten Arbeiter die Werbung für die Organisation unter ihren unorganisierten Kollegen und Kolleginnen mit aller Energie fortsetzen, wobei sie mit bestem Erfolg das ihnen in der Werbewoche zugeflossene Agitationsmaterial benutzen können. Es ist eine alte gewerkschaftliche Erfahrung, daß keine andere Agitation so wirksam ist als die von Mund zu Mund. Versammlungen und Presse leisten für die Agitation zweifellos vorzügliche Dienste. Diese Mittel verlagern aber, wenn es nicht gelingt, damit an die Unorganisierten heranzukommen. Das ist auch während der Werbewoche in vielen Fällen nicht gelungen. Zahlreiche Werbeveranstaltungen waren nur von organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Die Unorganisierten blieben ihnen absichtlich fern, weil sie die von ihnen ausgehende Suggestion fürchteten. Angst davor hatten, daß ihre gegen den Anschluß an die Organisation vorgeschützten Einwände sich nicht als stichhaltig erweisen würden.

Auch dieser Rückhalt muß ihnen genommen sowie vor Augen geführt werden, daß ihr Absichtstehen für die Arbeiterschaft im allgemeinen, als auch für sie selbst von größtem Schaden und daher unverantwortlich ist. Wo aber die Mittel der Ueberrückung und Aufklärung verlagern, dürfen sich die organisierten Arbeiter nicht scheuen, die gebotenen Konsequenzen zu ziehen. Der Arbeiter, der nicht einsehen will, daß die Arbeiter organisiert sein müssen, wenn sie ihre Lebenshaltung und Rechtsstellung nicht nur aufrechterhalten, sondern verbessern wollen, ist ein Feind der Arbeiterklasse, dem von seiten der organisierten Arbeiter eine entsprechende Behandlung gebührt. Ihm gegenüber können kollegiale oder solidarische Rücksichten nicht gelten. Eine derartige Einstellung der organisierten Arbeiter gegenüber den Unorganisierten braucht nicht in terroristische Gewalttätigkeiten auszuarten. Es gibt noch andere ebenso wirksame Mittel, vor allem die Nichtachtung des Unorganisierten und seinen Ausschluß von jedem kollegialen Verkehr. In richtiger Weise und

am rechten Orte angewendet, wird ein derartiges Vorgehen immer wirksam sein. Die organisierten Arbeiter sind mit Recht stolz auf ihr Klassenbewußtsein! Es ist das Kennzeichen des wirtschaftlich aufgetauerten Arbeiters! Doch genügt nicht, es zu besitzen, sondern es muß auch von dem organisierten Arbeiter zum Ausdruck gebracht

werden, um den Abstand kenntlich zu machen, der ihn von dem Unorganisierten trennt. Handeln die Gewerkschaftsmitglieder in diesem Sinne, so wird der Erfolg nicht ausbleiben und die Zahl derjenigen, die immer nur ernen wollen, wo andere fähen, sich bald merkbar verringern. **Relativa!**

Zur Frage der Verschmelzung

mit dem Verbands der Eisenbahner, dem Verbands der Maschinisten und Heizer und dem Deutschen Verkehrsband nahm am 29. September 1926 eine nach Berlin einberufene Konferenz Stellung. Vertreten waren auf dieser Konferenz der Verbandsvorstand, der Verbandsausschuß, der Verbandsrat, die Bezirksratsbezirks- und Gauleiter, die größeren Filialen und einige sonstige Funktionäre des Verbandes.

Der Verbandsvorsitzende, Kollege Müntner, gab einen eingehenden Bericht über den Stand der Verhandlungen mit den genannten drei Verbänden. Er wies dabei auf die Beschlüsse des Leipziger und des Breslauer Gewerkschaftsfesttages und anderes Verbandsstückes in Frankfurt a. M. hin, legte im einzelnen die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung dar und teilte mit, daß am 6. Oktober 1926 weitere Verhandlungen der vier in Frage kommenden Verbände stattfinden werden. An das Material Müntners schloß sich eine ausgedehnte Aussprache an, in der jeder Redner grundsätzlich für eine Verschmelzung eintrat, meistens aber viel Kritik über die Form, wie die Verschmelzung vor sich gehen soll, geübt wurde. Allgemein wurde gewünscht, daß die Verhandlungen weiter gehen; nur ein einzelner Redner wünschte Abbruch der Verhandlungen, weil er fürchtete, daß sie zu keinem guten Abschluß führen. Die Konferenz einigte sich schließlich auf einen Vorschlag, der bei den weiteren Verhandlungen als Grundlage dienen soll. Wir entnehmen daraus folgendes:

Die genannten vier Verbände schließen sich zusammen zum „Bund der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen sowie des privaten Handels und Verkehrs“. Der Bund bildet eine einheitliche Geschäfts- und Konzernführung. Die Gesamtorganisation gliedert sich in Reichsabteilungen, Reichsgruppen, Gau-, Bezirks- und Ortsverbände, Zählstellen und örtliche Berufs- oder Fachabteilungen.

Für die Abgrenzung der zu bearbeitenden Gebiete ist die für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bestehende Organisationsform anzunehmen.

erkennen und aufrechtzuerhalten und auch für die Reichsabteilung „Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen“ sinngemäß zur Anwendung zu bringen.

Jede dieser Reichsabteilungen gliedert sich nach Bedarf und möglichst unter Beibehaltung ihrer jetzigen Einrichtungen in Reichsgruppen.

In folgender Resolution gab dann die Konferenz ihre grundsätzliche Zustimmung zu der Verschmelzung:

Entscheidung.

Die Konferenz des Reichs und der Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist grundsätzlich der Auffassung, daß die Verschmelzung der vier Organisationen im Interesse aller Beteiligten liegt. Sie hat das Vertrauen zum Verbandsvorstand, daß er bei den Verhandlungen mit den übrigen Organisationen die Interessen der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in vollem Maße wahrnehme und insbesondere dafür einträte, daß die Eigentümer dieser Betriebe sowohl hinsichtlich der bisherigen Organisationsform als auch in Bezug auf die Tarifpolitik erhalten bleibt. Die Verschmelzung erweist in der Großorganisation die ungeliebte Möglichkeit der freien Verfügung, die nur dann ausreichend gewährleistet erscheint, wenn die Leitung der Reichsabteilungen so erfolgt, wie sie der Verbandsvorstand in seinem Vorschlag unter III niedergelegt hat. Die Errichtung der Abteilungen Bezirks- und Staatsbetriebe und Verwaltungen und Gemeindebetriebe und Verwaltungen ist dabei Vorbedingung. Ebenso muß der ausschlaggebende Einfluß des Gemeindearbeitersverbandes in der Leitung dieser Reichsabteilungen sichergestellt werden. Eine dem derzeitigen Verbandsrat entsprechende Vertretung eines Verbandes in der Bundesleitung erscheint die Verschmelzung als selbstverständlich.

Die Verschmelzung erweist weiter von der Verschmelzung eine Verstärkung des Einflusses der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in den maßgebenden Körperschaften des Reichs, des Landes, der Provinzen und der Gemeinden. In dem Zusammenhang erweist sie nicht nur eine Förderung der Organisation aller Beschäftigten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, sondern auch einen bedeutsamen Fortschritt der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung.

Ein Antwortwort zu den §§ 7 und 13 des RMZ. 1925

Der Jahresbericht des Reichsarbeitsgeberverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 berichtet auch über den Kampf um die Auslegung der bekannten Paragraphen 7 Ziffer 2 und § 13 Satz 3. Wir finden dort unter anderem folgende Bemerkungen:

„Die am RMZ. 1925 beteiligten Gewerkschaften, die die Bestimmungen in § 7 Ziffer 2 und § 13 Satz 3 eine andere Auslegung geben zu können glauben, gegen entgegen allen tarifvertraglichen Verpflichtungen in Verstoß dieser in jeder Weise unannehmbaren Entscheidungen des Zentralausschusses, die von ihnen ernannten Vertreter aus dem Zentralausschuß zurück. Die sich infolge des tarifwidrigen Verhaltens der Gewerkschaften ergebenden Streitigkeiten... wurden erst gegen Ende des Jahres beigelegt.“

Daß nicht nur die beteiligten Gewerkschaften, sondern auch andere sehr prominente Herren aus anderen Kreisen die Auffassung der Reichstarriffkommission der Arbeitnehmer teilen, beweisen am besten die Entscheidungen der Bezirksratsstellen. Von elf Bezirksratsstellen haben sich neun, und zwar Berlin, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland, Markische Gemeinden, Nordwestdeutschland, Mecklenburg, Danzig und Württemberg, für die Ansicht der Gewerkschaften entschieden. Nur zwei, die von Mitteldeutschland und natürlich auch Ostpreußen, teilten die Auffassung der Geschäftsstelle des Reichsarbeitsgeberverbandes. Mit bewundernswürdiger Kühnheit wird demgegenüber in dem Jahresbericht behauptet:

„Nach dem Verlaufe der Verhandlungen behaupt für den Reichsarbeitsgeberverband sein Zweck, das unter „Ausbeuten Gehalt“ im Sinne dieser Bestimmungen nur der Gehalt zu bestehen sei, der am 31. März 1925 (d. h. bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrages) tatsächlich in einigen wenigen Bezirken noch bezandelt hatte.“

Wir glauben wohl berechtigt zu sein zu der Annahme, daß einer Vertreter in der Reichstarriffkommission der Arbeitgeber beim Lesen dieser Zeilen ein leichtes ungläubiges Lächeln nicht unterdrücken können. Aber dazu kommt noch ein Zeuge für die Auffassung der

Reichstarriffkommission der Gewerkschaften, der auch zu den führenden Leuten im Reichsverband gehört. In einer Broschüre, betitelt „Kommunale Wirtschafts-, insbesondere Arbeitgeberverträge“, herausgegeben vom „Mitteldeutschen Arbeitgeberverband“, finden wir auf Seite 61 folgende Darstellung der strittigen Fragen:

„Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, da nicht alle Bezirksverbände den RMZ. 1924 hätte durchzuführen hatten und die Gewerkschaften verstanden, diesen Umstand auszunutzen.“

Trotz den Tätigkeitsergebnissen vorgelegte Verhandlungsergebnis wurde vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband wegen der außerordentlich bedenklichen Auslegung der §§ 7 und 13 und auch des § 12 abgelehnt. Insbesondere vertrat der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband den Standpunkt, daß die Beibehaltung derartiger Kommunalverträge dem Zwecke des Zusammenschlusses der deutschen Kommunalverbände im Reichsarbeitsgeberverbande deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, nämlich eines einheitlichen und gleichwertigen Vorgehens, zurechtzukommen und den Verbänden, die sich unbedingt an den Tarif halten, sehr erhebliche Schäden bereiten würden.

Die Verhandlungen über das neue Tarifvertragssystem zum RMZ. werden sofort nach Abschluß des RMZ. 1925 aufgenommen werden. Sollte die Politik der Kommunalverbände der §§ 7 und 13 nicht gelingen, so ist mit außerordentlich schwierigen Verhandlungen zu rechnen, da die Arbeitnehmer bezwecken werden, auch im mitteldeutschen Bezirk dieselben Konzessionen zu erlangen, wie sie entgegen dem Tarif einige Bezirksverbände bereits im vergangenen Jahre ihren Arbeitnehmern gemacht haben.“

Der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, der diese Darstellung vor den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes im Mai 1925 machte, war also ganz anderer Auffassung als die Geschäftsstelle des Reichsarbeitsgeberverbandes.

Wenn im ganzen Reichsverband kein Zweifel über die Ausgangslage bestand, warum hielt der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband diese Behauptung für sich für so bedenklich? Warum sollten diese Sachverhalte beteiligt werden? Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband war eben derselben Auffassung wie die Gewerkschaften. Wir wollen hoffen, daß nach diesen erneuten kurzen Feststellungen die

Gegenseite auch erkennt, daß sich die irrigen Auffassungen nicht aufrechterhalten lassen.

Noch einige Bemerkungen zu dem Jahresbericht des Reichsarbeiterverbandes. Das Kapitel Tarifstreue wird von allen Arbeitgeberverbänden in letzter Zeit gewälzt. Natürlich sind immer die Gewerkschaften die Tarifuntreuen. Demselben Aberglauben huldigt auch der RWB. Er schreibt:

„Die Vorgänge des Jahres 1924 gaben der Mitgliederversammlung in Koblenz bei dem Abschluß des R.M.T. 1925 Veranlassung zu folgenden Beschlüssen: Der Vorstand wird beauftragt, bei Verstößen gegen Tarifverträge, die für die Reichsverbandemitglieder bindend sind oder bei Verstößen gegen die Beschlüsse zu 2 und 3, wenn sie trotz Aufforderung nicht unverzüglich beseitigt werden, alsbald angemessene Verbandsstrafen gemäß § 19 der Reichsverbandstatute festzusetzen. — Als Verstoß gegen einen Tarifvertrag gilt jede Verletzung der Tarifvertragsbestimmungen durch Veränderung oder einseitige Verwaltungsverfügung.“

Diesen Beschlüssen müßte ein dritter folgender Inhalts angehängt werden:

„Mit Verbandsstrafen sind aber nur solche Verstöße gegen Tarifverträge zu belegen, bei denen eine Abänderung zugunsten der Arbeiter eintritt.“

Die Beschlüsse des RWB. zu den „Verstößen“ gegen Tarifverträge scheinen auch ungeschriebenes Gesetz für den RWB. zu sein. Die Mitglieder der Reichstarifkommission haben oft genug Gelegenheit gehabt, neben anderen Verstößen Dufende von Gemeinden namhaft machen zu können, die seit Jahren den § 1 Abs. 1 des R.M.T.-G. und die dazu gehörige Erklärung der Vertragsparteien verletzt haben. Von einem Bezirksarbeiterverband ist sogar einer Stadtverwaltung ausdrücklich Erlaubnis gegeben, diesen Verstoß begehren zu dürfen. Der RWB. brauchte für absehbare Zeit keine Mitgliedererträge erheben, wenn er endlich einmal den Mut finden würde, nicht nur irreführende Behauptungen über die anderen Vertragsparteien zu verbreiten, sondern, vor der eigenen Tür lehrend, zugleich die hunderttausende Mark an Verbandsstrafen festzusetzen und einzutreiben, die nach obigem Beschluß fällig sind. Sch.

Wirtschaftspolitische Theorien

VI. Grenznutzentheorie und Kritik. (Schluß.)

Die Methode der Klassiker, durch die historische Schule verdrängt, erlebte in der Grenznutzentheorie ihre Wiedergeburt. Die abstrakte Methode wurde in Anlehnung an die alte Gebrauchswertschule durch Karl Menger in seinem 1871 erschienenen Werk „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ vertreten. Neben Menger sind der Engländer Jevons und der Schweizer Walras als Begründer der Grenznutzentheorie zu nennen. Das Hauptmerkmal der neuen Schule liegt darin, alles auf den Grenznutzen zu beziehen. Nach Menger sind die wirtschaftlichen Güter ihrem Wesen nach als Bedingung einer Bedürfnisbefriedigung aufzufassen und die Bedeutung, die sie hierdurch erlangen, ist ihr wirtschaftlicher Wert. Er unterscheidet Güter erster Ordnung, das sind solche, die unmittelbare Bedürfnisse befriedigen (Genussgüter) und Güter höherer Ordnung (Erzeugungsgüter), die aber zur völligen Nutzung in komplementären (ergänzenden) Mengen vorhanden sein müssen. Die Nützlichkeit eines Gutes im allgemeinen ist gleichgültig. Was interessiert, ist allein der Nutzen des Gutes, den ich brauche. Die Güter werden nach der letzten Nutzung, dem Grenznutzen, geachtet. Der Gedanke des Grenznutzens ist der „Sesam, öffne dich“, die Formel, die den Schlüssel zu den verwickeltsten Vorgängen des wirtschaftlichen Lebens gibt und gestattet, die unentwirrbarsten Probleme der Wissenschaft zu lösen, schreibt Böhm-Bawerk. Dieser bezeichnet als Wert diejenige Bedeutung, die ein Gut oder Güterkomplex als anerkannte Bedingung eines sonst zu erwerbenden Nutzens für die Wohlfahrtszwecke eines Subjekts erlangt. Verschiedene wirtschaftliche Personen mit verschiedener Bedarfsdeckung schätzen die Güter verschieden. Auf dem Markte begegnen die verschiedenen Schätzungen einander. Aus der Kollision der verschiedenen Schätzungen ergibt sich der Preis.

Wir leben in der Gegenwart, sagt Böhm-Bawerk, aber unsere Zukunft ist uns nicht Gleichgültiges: unsere vernünftigen Wünsche sind auf dauernde, Gegenwart und Zukunft umfassende Wohlfahrt gerichtet. Nach ihm sind gegenwärtige Güter in der Regel mehr wert als künftige Güter gleicher Zahl und Art. Er kennt Güter entfernterer Ordnung, die sogenannten Produktivgüter, die, obgleich sie körperlich gegenwärtig, ihrer wirtschaftlichen Natur nach Zukunftsware sind. Sie sind in ihrem Zustande zur Bedürfnisbefriedigung untauglich, bedürfen der Uniformung in Genussgüter. Da dies Zeit erfordert, können sie ihre Dienste immer erst den Bedürfnissen zukünftiger Perioden leisten. Deshalb stehen gegenwärtig verfügbare Genussgüter entfernter Ordnung künftigen Genussgütern gleich. Ihr Nutzen ist Zukunftsnutzen, sie sind Zukunftsware.

Nach Böhm-Bawerk kauft der Kapitalist Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskraft, mischt alles recht kräftig durcheinander und — läßt Zeit vergehen. Das Ende der Prozedur ergibt Güter von einem höheren Wert als den, welchen der Unternehmer in das Geschäft hineinlegte. Dieser Wertzuwachs bleibt eine Schöpfung der vergegnertigten Zukunft, die nichts mit Arbeiten und Arbeitern zu tun hat. Mit dieser Lehre will er beweisen, daß den Kapitalisten keine unbezahlte Mehrarbeit zuwächst, daß Karl Marx' Lehre vom Mehrwert falsch sei.

Die sozialistische Wirtschaftslehre hat nicht schlechthin die Arbeiten bürgerlicher Gelehrter verworfen, sie ruht vielmehr auf den Untersuchungen von Adam Smith und David Ricardo. Wenn sie

auch den Abschluß und die Vollendung der bürgerlichen Nationalökonomie bedeutet, ist sie dennoch eine durchaus neue, proletarische Wissenschaft. Die bürgerliche Nationalökonomie ist durchaus Klassenwissenschaft. In allen Definitionen der bürgerlichen Gelehrten wird versucht, eine „Volkswirtschaft“ zu konstruieren. „Volkswirtschaft“ soll die Wirtschaft eines Volkes sein. Gibt es denn überhaupt die Wirtschaft eines Volkes? Nein, es kann keine „Volkswirtschaft“ im Sinne der bürgerlichen Gelehrten, solange das Privateigentum besteht, geben. Volkswirtschaftslehre, Nationalökonomie, Sozialökonomie, Sozialökonomik und politische Ökonomie sollte unter den jetzigen Verhältnissen Privatekonomik genannt werden, denn diese Lehren sind nur um des Privateigentums willen da. Die Nationalökonomie ist entstanden, weil die Regierungen der modernen Staaten die Wissenschaft brauchen, weil die Errichtung einer „Volkswirtschaftslehre“ als Wissenschaft im Interesse des Glaubens an die Mission des bürgerlichen Staates lag. Die bürgerliche Nationalökonomie ist nichts mehr und nichts weniger als der offizielle wissenschaftliche Anwalt der Kapitalherrschaft. Die kapitalistische Wirtschaft kennt keinen Plan, keine bewußte Regelung, ihre Regierungsform ist die Anarchie. Die bürgerliche Wissenschaft hat kein Interesse daran, die Wahrheit der Gesetze der allgemeinen Wirtschaftsweise zu enthüllen, da sie damit auch zugleich die Vergänglichkeit des Kapitalismus offenbaren müßte.

Die Verschiedenheit der nationalökonomischen Terminologie beruht auf der verschiedenen Grundauffassung, die sich die Autoren von dem Problem der Nationalökonomie gebildet haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß die subjektivistischen Auffassungen der Grenznutzentheorie, die in der Erklärung des individuellen Tausches die Aufgabe ihre Wissenschaft erblickten, einer ganz anderen Terminologie entspricht, als etwa der Auffassung von Karl Marx, der das Bewegungsgeß der kapitalistischen Gesellschaft erforscht. Nach Marx gelten die ökonomischen Gesetze nicht gleichmäßig für alle Stufen des wirtschaftlichen Entwicklungsganges, vielmehr hat jede Wirtschaftsepoche ihre besonderen Tendenzen und Existenzbedingungen.

Verschiebungen im wirtschaftlichen Leben der Völker Europas waren am Ausgang des Mittelalters am Werk, um den Einzug einer neuen Wirtschaftsweise zu ermöglichen. Die Physiokraten bildeten die erste nationalökonomische Schule, sie will den Mehrwert erklären, ihr ist die Agritur die einzige Bildungsform des Lebens. Deshalb legen die Physiokraten das Wesen der kapitalistischen Produktion in die Produktion des Mehrwerts. Nähere Untersuchungen, wie sich der durch Bodenaubau erzielte Mehrwert ergibt, stellen sie jedoch nicht an. Die Kapitalisten sind nach ihnen nur Kapitalisten im Interesse des Grundeigentums, ganz wie die weiter entwickelte Nationalökonomie sie nur Kapitalisten im Interesse der arbeitenden Klasse sein läßt.

Die Nationalökonomie entstand als natürliche Folge der Ausdehnung des Handels und wurde ausgebildetes System der Bereicherungswissenschaft. Im Merkantilismus ist der Hauptpunkt der Theorie die Handelsbilanz. Die ganze Kunst des Ökonomen bestand also darin, dafür Sorge zu tragen, daß am Ende jedes Jahres die Ausfuhr eine günstige Bilanz gegen die Einfuhr gebe. Tatsächlich hat man um dieser lächerlichen Illusionen willen Tausende von Menschen in den Kreuzzügen und Inquisitionen des Handels hinhacken lassen. So unglücklich die Lehre ist, so stellt sie dennoch den ersten Bruch mit den Anschauungen der feudalen Naturalwirtschaft, das erste Programm einer Staatspolitik der jungen aufstrebenden Bourgeoisie, dar.

Das achtzehnte Jahrhundert, das Jahrhundert der Revolution, revolutionierte auch die Nationalökonomie. Sie nahm humanitären Charakter an und verkündete laut und vernehmlich den Abscheu gegen den blutigen Schrecken des Merkantilsystems. Adam Smiths Lehren waren so recht das ökonomische Evangelium der Bourgeoisie und geeignet, das Werk bürgerlicher Weltenerneuerung zu sein. Stellten doch die Lehren Smiths-Ricardos durch den Sturz des Merkantilismus mit seinen Monopolen und Verkehrshemmungen einen ungeheuren Fortschritt dar. Dazu war die klassische Nationalökonomie für die Bourgeoisie das Mittel, ihr Klassenbewußtsein zu wecken, Ansporn zu revolutionärer Tat und endlich unternahm sie ihr Bestes, die Gesetze des Eigentums zu entwickeln.

Die Schnelligkeit der sozialen Entwicklung ließ eine ökonomische Lehre bald veraltet erscheinen, neue Systeme, die den veränderten Interessen besser angepaßt waren, tauchten auf. Himmelstürmend waren die Vertreter der Nationalökonomie zu Beginn des Kapitalismus. Als wesentlich Neues an ökonomischen Gesetzen nicht mehr zu entdecken war, wandte sich die Nationalökonomie der Geschichte zu. Ihre Vertreter vermochten keine Wiederbelebung auf die frühere Höhe der klassischen Nationalökonomie zu bewirken, um schließlich die Möglichkeit einer theoretischen Nationalökonomie überhaupt zu negieren. Gewiß hat die historische Schule manche nützliche aufklärende Arbeit über den Kapitalismus geleistet, doch war sie nicht imstande, auch nur ein einziges grundlegendes Wert hervorzubringen. Sang- und klanglos ist die einst mit großem Aplomb eingeführte Schule in der Verkennung verschwunden. Ueberflüssig, zu sagen, daß sie mit ihren Anschauungen den Sozialismus weder entwurzelte noch revidieren konnte, sie stand vielmehr den Lehren des Sozialismus geradezu hilflos gegenüber.

Und nun zur Unzulänglichkeit der Grenznutzentheorie. Die psychologische Schule, die einst ausgezogen war, exakte Gesetze der Wirtschaft aufzustellen, endete in unrühmlicher Ohnmacht. Erklärt hat sie gar nichts, ihr blieben die Aufgaben der Nationalökonomie als Wissenschaft fremd, da sie die wesentlichen Aufgaben der Nationalökonomie beiseite ließ und sich darauf beschränkte, subjektive Schätzungen aus der Seele des einzelnen anzustellen. Hierbei befand sich die Grenznutzentheorie als Theorie auf der einen, die kapitalistische Wirtschaft als reale Tatsache auf der anderen Seite. Böhm-Bawerk hat nicht vermocht, darzulegen, daß der von Marx formulierte Wertbegriff falsch sei. Unhaltbar ist sein Einwand, daß kein realer Grund vorhanden ist bei der Gegenüberstellung von Waren, diese vom Gebrauchswert und andere Eigenschaften zu abstrahieren und bloß die Eigenschaft als Arbeitsprodukt als Wertfestlegung zu nehmen. Wenn er folgert, daß durch Ausschließen jener Eigenschaften, auch die Eigenschaft, Arbeitsprodukt zu sein, ebenso gut ausgeschlossen werden kann und alle anderen Eigenschaften bei den Waren ebenso gemein-

sam anzuerkennen sind, wie die als Arbeitsprodukte, so ist zu entgegen, daß ein Gut deshalb noch nicht zur Ware wird, weil es ein Arbeitsprodukt ist, eist die Beziehung im Austausch macht das Gut zur Ware. Die Arbeit ist aber das gesellschaftliche Band, das die Gesellschaft bei ihrem Bestande erhält, nur die Arbeit kann das Prinzip des Wertes sein, so ist die Realität des Marx'schen Wertgesetzes gegeben. Stellt man die Grenznutzentheorie und die Arbeitswertlehre einander gegenüber, so zeigt sich überall die Ueberlegenheit und Klarheit der letzteren in der Erklärung der wirtschaftlichen Phänomene. Es beweist gar nichts, daß manche Sozialisten mit der Grenznutzentheorie liebäugelten und bereit waren, sie anzuerkennen; es handelt sich im Streit zwischen den subjektivistischen Lehren und den Lehren Karl Marx' nicht um Methoden, die einander ergänzen, sondern um grundverschiedene Auffassungen des gesellschaftlichen Lebens, die einander ausschließen.

Das Wert Karl Marx' ist seit seinem Erscheinen von den zünftigen „Beltswirtschaftlern“ wiederholt kritisch „vernichtet“ worden. Trotzdem hat es verschiedene ökonomische Schulen kommen und gehen sehen. Das „Kapital“ ist das bedeutendste wirtschaftstheoretische Werk, das seinen Einfluß bis auf die heutige Zeit bewahrt hat. Als die neue Lehre auftauchte, stand sie den damaligen Zeitgenossen und der Nationalökonomie einsam und fremd gegenüber. Die bürgerliche Gesellschaft konnte diese Lehre, die die Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt einer ihr eigentümlichen gesellschaftlichen Funktion darlegte, nicht verstehen. Erst die organisierte Arbeiterchaft verhalf der neuen Lehre zur Anerkennung und erfüllte die Arbeiter aller Länder mit Marx'schem Gifte. Was nun zu folgen hat, ist die Umsetzung der Lehre in die Tat, d. h. die Umwandlung der kapitalistischen Produktion durch die Organe der Gesellschaft für die Gesamtheit der Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der die Klassen aufgehoben sind. Her mann Kruse.

Jeder denkt an sein Haus, wenige an das Vaterland. Aus selbstsüchtigen Hausvätern entsteht ein schlechter Staat. Wo soll auch Gemeininn herkommen in einem Lande, wo jeder mit Privilegien schwadert und auf den Nacken des andern zu treten sucht? wo man einseitig Pflicht aufbürden will und nach Befehlen richtet, die nicht bekannt gemacht sind, und deren Seele wieder das Borrecht zum Tode der Gerechtigkeit ist? Seume.

Im allgemeinen ist der Mensch ein Produkt seiner Lage, und wer ganze Klassen von Menschen wirklich ändern will, muß zuvor die Bedingungen ihrer Lage ändern, die sie eben zu dem machen, was sie sind. Raffalle.

Der Vorkämpfer der englischen Gasarbeiter

I.

Das Leben unserer Vorkämpfer ist hart und schwer. Es ist zu bedauern, daß so wenig darüber in die Öffentlichkeit dringt, vor allen Dingen, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder so wenig darüber erfährt, daß ganz falsche Vorstellungen darüber bei ihnen vorhanden sind. Viele unserer deutschen Vorkämpfer sind aus dem Leben geschieden, ohne daß sie die Zeit gefunden haben, ihre Lebenserinnerungen zu Papier zu bringen, wie dies einige englische Gewerkschafter getan haben. Ein solcher Band Lebenserinnerungen liegt vor mir in Form eines einfach ausgestatteten, mit einigen Bildern versehenen Buches. Es heißt: „Meines Lebens Kämpfe.“ (Wörtlich übersetzt: „Meines Lebens Schlachten.“) Von Will Thorne.) Es ist in schlichtem Englisch geschrieben, so daß es demjenigen, der einige Kenntnisse dieser Sprache hat, nicht schwer fällt, es zu lesen. Zu vollem Verständnis ist allerdings eine tiefere Einsicht in das englische Gewerkschaftswesen notwendig. Was den Leser hauptsächlich fesselt, ist die Schilderung der ungeheuren Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, um einer besonders hart niedergedrückten ausgebeuteten Gruppe von Arbeitern die allerersten Schritte zum Aufstieg zu einem menschenwürdigen Leben zu ermöglichen und nebenbei, abgeheht und ermüdet, sich selber die notwendigen Kenntnisse anzueignen, die ein Vorkämpfer des Proletariats nicht entbehren kann. Wen kann es da wundern, daß diese Kenntnisse nicht lückenlos sind? Zumal wenn man bedenkt, daß es während der Kinderjahre dieser Vorkämpfer in England noch keinen Schulzwang gab.

Auch dem Verfasser dieses Buches ist es nicht anders ergangen. Man muß J. R. Cignes, der dem Buche eine Vorrede geschrieben hat, zustimmen, wenn er sagt, daß schon auf dem ersten halben Dutzend Seiten des Buches genug Stoff zu einem rührenden und ergreifenden Drama vorhanden sei. Man kann hinzufügen, daß das ganze Buch nicht weniger reich an solchem Stoff ist, zumal da, wie auch Cignes hervorhebt, Thornes Lebensgeschichte untrennbar von der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung ist.

In einem ärmlichen Hause zu Hodkly, einem Arbeiterort von Birmingham, wurde Thorne im Oktober 1857 geboren. Die Straße hieß Farm Street, aber die frische Luft einer Farm, eines Bauernhofes, hat, soweit Thornes Erinnerung reicht, dort nie geweht. Sie war sein einziger Spielplatz für einige wenige, kurze, sehr kurze Jahre. Seine Eltern arbeiteten beide in Ziegeleien, ebenso, wie es deren Eltern schon getan hatten. Zwölf Stunden galten damals als eine kurze Arbeitszeit. Sein Vater war ein Trinker und als Kaufbold gefürchtet. Ein tüchtiger Raucher mit darauffolgender Frigolei bildete die einzige Abwechslung in seinem Leben. Wenn es im Winter auf den Ziegeleien keine Arbeit gab, arbeitete er in einem Gaswerk als Heizer. Als der junge Will sieben Jahre alt war, starb der Vater an den Folgen eines Schlaganfalls, den er von einem Pferdehändler erhalten hatte.

Will war etwas über sechs Jahre alt, als er nach einer Spinnerlei zur Arbeit geschickt wurde. Für 2½ Schilling die Woche mußte er von morgens 6 bis abends 6 Uhr arbeiten mit einer halbstündigen Pause für das Frühstück und einer einstündigen für das Mittagessen. Da Sonnabends die Arbeit um 1 Uhr aushörte, mußte er dann noch einem Onkel, einem Barbier, bis 11 Uhr abends die Kunden einleiten helfen. Am Sonntag daselbe von 8 bis 12 Uhr. Für diese Arbeit gab es einen Schilling die Woche. Kein Gesetz regelte die Arbeitszeit und machte Vorschriften über die Gesundheitspflege in den Barbierstuben, und die Zustände waren natürlich auch

*) My Life's Battles. By Will Thorne. M. P. London, George Newnes, Limited, Southampton Street, Strand, W. C. 221 Seiten.

Konferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter Nordwestdeutschlands am 25. und 26. September 1926 in Hamburg

Zu der Konferenz sind neben den 152 Delegierten Vertreter des Verbandsverbandes, der Bezirks- und Gewerkschaften sowie eine Anzahl Gäste erschienen. Ebenso haben der Einladung mehrere Stadt- sowie Kreisverwaltungen Folge geleistet. Der hamburgische Senat hat Herrn Baurat Dr. Ing. Ehlers, der Ortsausschuß des ADGB, Groß-Hamburg den Kollegen Banzante entsandt. Nach kurzer Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden der Hamburger Filiale, Kollegen Jhle und den Vertreter des ADGB-Ortsausschusses, Kollegen Banzante behandelt der Generalsekretär der Hamburger Gaswerke, Herr Senator Schumann das Thema:

„Gas erzeugung und Gasverwertung.“ In den Gaswerken handele es sich um die Zerlegung des schwarzen Diamanten in seine festen und flüssigen Bestandteile. Bei der großen Bedeutung, die der Zerlegung der Kohle beigemessen werden müsse, sei der technische Fortschritt noch nicht vollkommen genug. Die Vervollkommnung des technischen Prozesses sei gehemmt worden durch die überreiche Fülle von Kohlen, die uns früher zur Verfügung standen. Erst seit dem Eintritt eines Mangels an Kohle und vor allen Dingen des Mangels an flüssigen Brennstoffen habe der technische Fortschritt ein rascheres Tempo eingeschlagen. Mit der Kohle wurde heute nicht wirtschaftlich umgegangen. Das Verörernen unzerlegter Kohle müsse gesetzlich verboten werden. Redner hoffte, trotz seines Alters, ein solches Verbot noch zu erleben. Der rein technische Vorgang der Zerlegung der Kohle spiele sich neben den Gaswerken auch in den Koksereien ab. Die Unternehmungen als Träger dieses Prozesses seien teils Stadtverwaltungen, teils private Unternehmungen, teils gemischtwirtschaftliche Unternehmungen größeren oder kleineren Umfanges. Die Bewirtschaftung der Kohle gehöre in die öffentliche Hand. Dieser Standpunkt sei heute prinzipiell anerkannt. Es seien aber Kräfte vorhanden, die bemüht darauf hinarbeiteten, die Gemeinwirtschaft in ihrer Entwicklung auf diesem Gebiete zu hemmen. Die Behauptung, daß die staatliche Regiewirtschaft schlechter arbeite als die private Wirtschaft, sei unbeweisbar. Für die Fortlegung des wirtschaftlichen Erfolges sei ein sorgfames Buchführungsweisen notwendig. Dieses System, den Stand eines Unternehmens nach der Buchführung zu beurteilen, sei bisher von der Stadtverwaltung nicht angewendet worden. Die einfache Buchführungsrechnung nach dem kameralistischen System genüge nicht. Auf den vollständig unzureichenden Grundlagen dieser alten Buchführung könne der Stand eines Unternehmens nicht erkannt werden. Die Zerplitterung der Betriebe sei ein weiteres Hemmnis zur Ausnutzung aller vorhandenen technischen Einrichtungen. Jede kleine Stadt habe aus der vergangenen Zeit her noch ihr eigenes kleines Gaswerk. Daneben beständen private Gaswerke und Koksereien. Jedes Werk habe sein eigenes Verborgungsgebiet und

beschränke sich darauf, die Bedürfnisse dieses Gebietes zu befriedigen. Es sei nunmehr an der Zeit, die Methode dieses handwerksmäßigen Betriebes zu verlassen und auch über die Methoden des kleinen Zofritsbetriebes hinaus zu einer großzügigen Verborgung großer Gebiete aus wenigen Gaswerken zu kommen. Das Ueberwiegen des kleineren Betriebes habe als stärkster Hinderungsgrund für die Vervollkommnung der Gasbewirtschaftung zu gelten. Kleine Stadtgemeinden würden gar nicht in der Lage sein, die finanziellen Mittel bereit zu stellen, die zur Anschaffung der modernen Betriebsmittel notwendig seien. Wenn ein Werk aber modern eingerichtet sei, dann solle man diese maschinelle Anlage auch reiflos ausnützen. Das gelte noch nicht. Notwendig sei die Selbständigmachung der Betriebsverwaltung von der kommunalen Finanzverwaltung sowie von der Abhängigkeit gegenüber den ständigen Körperschaften. Eine Entkommunalisierung gegenüber den ständigen Körperschaften sei deswegen nicht nötig. Es gebe noch andere Formen, um den Werken die nötige Handlungsfreiheit zu sichern. Der Gedanke der wirtschaftlichen Freiheit müsse auch für die Betriebe der Stadtgemeinden durchgeführt werden. Nur in solcher wirtschaftlichen Freiheit könnten die Grundzüge ausgeprobt werden, die zur ergiebigen Bewirtschaftung der Gaswerke notwendig seien. Die hamburgische Gaswerke seien in dieser Beziehung als die vollkommensten Werke anzusehen. Trotz der vielen Angriffe, die gegen dieses gemeinwirtschaftlich aufgelegene kommunale Unternehmen erhoben würden, gebe es keine Werke, die in ihren Preis- wie in ihren Vorkosten sich mit den hamburgischen Gaswerken ver gleichen könnten.

Das Problem der Gasverwertung sei heute die Förderung des Gasverbrauches. Die 250000 Haushaltungen Hamburgs seien auf Gasbeheizung leider noch nicht eingerichtet. Die Bearbeitung des Fernbeheizungsproblems durch Gas werde fortgesetzt. Maßnahmen in dieser Beziehung würden von Seiten der staatlichen Körperschaft gefördert. Nachdem Redner das Verhältnis der Gasindustrie zu den öffentlichen Behörden geschildert hat, geht er über zur Schilderung des Verhältnisses der Gasindustrie zur Privatindustrie. Die Gasindustrie bezieht alles, vom gewöhnlichsten Chemorfstein an bis zum kompliziertesten Apparat, von der Privatindustrie. Bei der Gestaltung dieses Materials müssen die Gaswerke anregend wirken. Auf Verläufe könne hier nicht verzichtet werden, Werke, die auf der Grundlage der hamburgischen Gaswerke stehen, sind in der Lage, selbst solche Verluste durchzuführen. Diese Verluste werden auch in Bezug auf die verfahrenstechnischen Verfahren angewandt. Kleine Stadtverwaltungen konnten solche Verluste aus finanziellen Gründen nicht tragen. Das System der Verteilung des Gases durch Gasmeßuhren verurteile unannehme Kosten. Es sei ein neues Problem, ob man auf die Benutzung solcher Gasuhren nicht überhaupt verzichten könne. Wenn der kommunale Betrieb teilweise noch durch ungeeignete Methoden die Bewirtschaftung des Gases erschwere, so

dementisprechend. In diese Zeit fällt auch der erste „Streik“ des jungen Will, und zwar war es der Spinner, für den er arbeiten mußte, der ihm von seinem fargen Lohn noch 6 Pence abziehen wollte. Will lehnte Mes ab und gab die Arbeit auf. Als sein Vater starb, verließ der Mutter die Sorge für die vier Kinder. Die Armut zwang sie zu einem „Vertrag“ mit einem Fabrikanten von Haken und Oefen. Se zwölf von diesen waren auf eine Karte zu haben. Für ein Gros dieser Karten gab es 1 1/2 Pence. Nadeln und Faden mußte sie selber stellen. Eine der Töchter mußte ihr bei dieser Arbeit helfen. Obgleich noch die Armenpillege im Anspruch genommen wurde, fehlte es oft an Brot im Hause, und besonders der Dienstag war fast stets ein Fasttag. Nach seinem ersten „Streik“ arbeitete Will in einer Ziegelei, die drei englische Meilen entfernt lag. So kam zu der zwölftündigen Arbeitszeit noch ein täglicher Weg von sechs Meilen. Für diese Plackerei erhielt er sieben Schilling die Woche, später acht Schilling. Nach einigen Monaten mußte er beim Heizen der Brennöfen helfen und nun manche Nacht in der Ziegelei wachen, wofür es eine Zulage von einem Schilling die Woche gab. Als er einmal zwei Nächte hintereinander wachen mußte und gegen Morgen schlafend angetroffen wurde, wurde er ohne Gnade entlassen. In einer anderen Ziegelei, wo er



einige Wochen später Arbeit fand, war die Arbeit so schwer, daß seine Mutter selber eintrat, daß er dabei zum Krüppel werden müsse. Der junge Thorne arbeitete nun in verschiedenen Industriezweigen; unter anderem 1871 während des deutsch-französischen Krieges in einer Munitionsfabrik, die sowohl nach Deutschland wie nach Frankreich lieferte. Er mußte meistens nachts arbeiten, und neun Monate lang sah er selten die Sonne. Nach jetzt sind an seinen Händen die Narben von den Verletzungen erkennbar, die er bei dieser Arbeit davontrug. Infolge der Tätigkeit in verschiedenen Berufszweigen erwarb Thorne eine so gründliche Kenntnis der Arbeitsverhältnisse, daß er später bei Verhandlungen die Unternehmer oft in Verwunderung setzte. Von irgendwelchem Schulbeuch ist in dem ganzen Buche keine Rede. Thorne hebt dagegen hervor, daß er als heranwachsender Junge schwimmen gelernt und sich im Sport (Pögen, Wettkämpfen und -gehen) betätigt habe. Als seine Mutter 1875 zum zweitenmal heiratete und ihr zweiter Gatte wieder ein Trinker und freisüchtiger Mensch war, ging Thorne auf die Wanderschaft, lernte jedoch bald darauf wieder nach Birmingham zurück. Dort fand er schließlich Arbeit als Aufsicht in einem Gaswerk, das, wie es damals allgemein üblich war, einer Privatgesellschaft gehörte. Seine Arbeit war heiß und sehr hart. Der Koks mußte mit der

sel dieses nicht unabänderlich mit einer kommunalen Verwaltung verbunden. Wie die Gasuhren mühten auch die Gaswertungsapparate eine fortgesetzte Verbesserung erfahren. Redner geht des weiteren ein auf die Apparate, die der Gaserzeugung und der Vereinfachung des technischen Prozesses dienen und legt auch hier dar, daß Vereinfachungen dieser Apparate notwendig, aber auch möglich seien. Neben den Haushaltungen müßte die Industrie mit Gas versorgt werden, um auch dort die Kohlenfeuerung durch die Gasfeuerung zu ersetzen. Auf diesem Gebiete standen wir erst im Beginn des Gaszeitalters. Die Einführung praktischer, sicher und billig arbeitender Industriegasgebrauchsapparate sei auch hier notwendig. Die Gaswerke hoffen, die praktische Gestaltung aller Gaswertungsapparate selbst in die Hand zu bekommen. Die Gasberatungsstelle habe bereits bewirkt, daß eine ganze Anzahl von ungeeigneten Gasverwendungsapparaten beseitigt wurden. Redner verweist des ferneren auf die von seiner Gesellschaft eingeführten Gastochkure, deren Zweck darin besteht, den Hausfrauen die möglichst sparsame Verwendung des Gases anzulernen.

Der Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes Bremen, Herr Rathias, referierte dann über:

Elektrizitätswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der nordwestdeutschen Stromversorgung. Im Gegensatz zu den Gas- und Wasserwerken sind die Elektrizitätswerke ein Unternehmen, dessen Versorgungsgebiet durch keinerlei Grenzen gebannt sind. Die Elektrizitätsversorgung fällt zum Teil mit unseren Wasserströmen zusammen, deren natürliche Kräfte zur Erzeugung von elektrischem Strom benutzt werden. Elektrizität ist eine Energieform, mit der sich Licht, Kraft, Wärme und chemische Vorgänge erzeugen lassen. Der Umstand, daß diese Energien aus der Elektrizität als einer einzigen Quelle zu gewinnen sind, gibt der Elektrizitätserzeugung ihr Gepräge. Hindernd stehen der Ausnutzung der vorhandenen technischen Anlagen zur Gewinnung von Elektrizität die kleinen Werte entgegen. Bei der Verbrennung der Kohle zur Erzielung von Elektrizität werden verschiedene Nebenprodukte gewonnen, zum Beispiel Del. Angewandt auf die Erzeugung und Verteilung der Elektrizität vertritt Redner in kaufmännischer Hinsicht den gleichen Standpunkt, den der Generaldirektor der Hamburger Gaswerke in bezug auf die Erzeugung und Verteilung des Gases einnimmt. Soweit die kommunale Regie in Erscheinung tritt, bemängelt Redner die Schwerfälligkeit dieses Apparates und hebt hervor, daß die technische Entwicklung so sprunghafte Fortschritte verzeichnet, daß Elektrizitätswerke, die nur nach streng kommunalen Gesichtspunkten veraltet wurden, gegenüber den privaten Unternehmungen mit rascher Initiative im Rückstände bleiben müßte. Redner ist kein Gegner der Aufsichtsbörden und des öffentlich-rechtlichen Eingriffs in die Elektrizitätswirtschaft. Auch die städtischen Elektrizitätswerke Bremens befragen gegenüber ihrer Stadt bzw. Staatsverwaltung weitgehende Freiheit. Einem in wirtschaftlichem Konkurrenzkampf stehenden Unternehmen dürfte ein Haushaltsplan nicht aufgedrückt werden. Dergleichen müßte vermieden werden, daß erst ein Infanzgenweg

bis zum Reichsfinanzministerium zu durchlaufen ist, ehe einem Angestellten solcher Unternehmung die seiner Tätigkeit entsprechende Bezahlung gewährt werden kann. Redner führt das Beispiel eines Nebelauffsehers an, der als Beamter aus der Gruppe IV nach der Gruppe V kommen sollte und die Gruppe V erst erhalten konnte, als nach langen Verhandlungen das Reichsfinanzministerium seinen Einspruch zurückzog. Den Verwaltungen der städtischen Elektrizitätswerke müßten dieselben Freiheiten eingeräumt werden, die private Unternehmungen besitzen. Die Einräumung dieser Freiheiten ließe sich durchführen auch im Rahmen einer städtischen bzw. staatlichen Verwaltung. Redner weist auf die Grenzstreitigkeiten und ihre Form hin, welche zwischen den verschiedenen Unternehmungen der gleichen Art um die Grenzen der Versorgungsgebiete geführt werden. Die einheitliche Stromversorgung ist bisher soweit durchgeführt, daß sie nur an den staatlichen Grenzen zurzeit noch halt macht. 43 Prozent der Stromversorgung befinden sich in öffentlicher Hand. Redner schildert die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft von den kleinsten Versorgungsgebieten, dem Einzelhaus bzw. des Klein-Fabrikbetriebes, bis zur Zusammenfassung dieser Versorgung durch große, umfassende Unternehmungen. Die Innenstadt war das erste große, einheitlich versorgte Gebiet. Nach ihr kamen die Vorstädte. Von den Vorstädten aus wurde das Landgebiet der Elektrizitätswirtschaft erschlossen. Die Möglichkeit der Neuzeit, elektrischen Strom in hohen Spannungen auf weite Entfernungen zu liefern, hat dazu geführt, daß heute keine Gebiete mehr existieren, die nicht mit Elektrizität versorgt sind. Basis der Energieerzeugung ist Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft. Man unterscheidet deshalb schwarze, braune und weiße Kohle. Behranlagen im Flachland, Staubekken im Hochland sowie Talsperren machen die Wasserkraft der Energieerzeugung nutzbar. Die Erzeugung der Energie stellt sich bei der Wasserkraft am billigsten, steigt dann bei der Braunkohle und ist am teuersten auf Steinkohlenbasis. Bei einer Spannung von 220 000 Volt kann heute Energie von Bayern bis Norddeutschland geleitet werden. Bei einer planmäßigen Elektrizitätswirtschaft würde sich die Verteilung der elektrischen Energie wie folgt vollziehen: Die Reichswerke geben an die Landeswerke, diese an die Provinzial-, diese an die Kreis- und diese an die Gemeindewerke ab. Elektrizität läßt sich nur in kleinen Mengen aufspeichern. Für die großen Kraftwerke und ihren hohen Bedarf haben Akkumulatoren keinerlei Bedeutung. Die Notwendigkeit, im Augenblick aus den vorhandenen Maschinen die benötigten Energien zu erzeugen, in Verbindung mit dem Umstand, daß der Bedarf an Strom im Winter größer als im Sommer und in der Nacht stärker als am Tage ist, ja, daß der Bedarf starken stündlichen Schwankungen ausgesetzt ist und die Maschinen jederzeit auf Höchstleistungen eingestellt sein müßten, beeinflusst die Preisbildung stark. Verbilligung der Preise lasse sich erzielen durch Vereinfachung der Stromerzeugungs-Einrichtungen, durch Ausdehnung des Ablassgebietes, durch die Verbindung mit Rotoreien, Gassternversorgung- und Fernheizungsanlagen. Dielem Ziele zuzustreben, sei volkswirtschaftlich geboten.

Hand auf Haufen gehäuft werden. Das ging Tag und Nacht in zwölfstündiger Schicht. Geradezu furchbar war sie beim Schichtwechsel. Thorne schreibt: „Die Arbeit war gewöhnlich schon eine Pein. Zwölf Stunden am Tage in Hitze und Dampf, dazu noch dem Zuge ausgesetzt, Rücken und Arme krümmend und aufs bestigste anstrengend, die Muskel in Anspruch nehmend bis sie schlief wurden — der Schichtwechsel vervielfältigte dies jedoch alles. Dann ging die Arbeit am Sonntagmorgen von 6 Uhr an 24 Stunden hindurch. Jede weitere Stunde nach den ersten zwölf erschien so lang wie ein Monat und wenn diese 24 Stunden endlich verstrichen waren, war ich körperlich und geistig vollständig erschöpft. Erst in der Mitte der nächsten Woche begann ich mich wieder normal zu fühlen.“

In diesem Gaswerk wurde ein neuer Ofen aufgestellt, der es ermöglichen sollte, daß in zehn Stunden eben so viel Arbeit geleistet wurde wie sonst in zwölf. Bei diesem war aber die Hitze so unerträglich, daß es unmöglich war, sich längere Zeit darauf aufzuhalten. Wenn wenigstens der Sonntag frei gewesen wäre! Thorne erzählt ausführlich, wie es ihm gelang, zunächst seine Kollegen zu einer Versammlung zusammenzubringen und sie dafür zu gewinnen, daß einige mit ihm zum leitenden Ingenieur gingen, um die Abschaffung der Sonntagsarbeit zu fordern. Die Forderung hatte vollen Erfolg, nicht nur für dieses eine Gaswerk, sondern auch für die beiden anderen, die es außerdem noch in Birmingham gab.

Thorne sah sehr wohl ein, daß die Gasarbeiter sich organisieren müßten, wenn ihr Erfolg ein nachhaltiger sein sollte. Damals waren in England die getrennten Arbeiter schon lange und verhältnismäßig stark organisiert und mit Hilfe ihrer Verbände hatten sie ihre Arbeitsbedingungen wesentlich verbessern können. Um die ungelerten Arbeiter hatte sich bis dahin aber noch niemand gekümmert und sie waren noch so gut wie gar nicht organisiert. Ein großer Teil von ihnen konnte ebendenn weder lesen noch schreiben und lebte stumpf-

sinnig in den Tag hinein. Thorne schildert an einer andern Stelle seines Buches, daß seine Kollegen hauptsächlich nur Sinn für Launen-messigen, Bogen, Hahnenkämpfe, Hundekämpfe und andern rohen Sport hatten. Er sagte seinen Kollegen einmal, sie hätten nicht soviel Verstand wie ein Kaninchen. Es fehlte ihnen jedoch nicht nur die Einsicht, sondern auch der Mut. Eine Organisation erschien Thorne jedoch zugleich als der sicherste Schutz vor Maßregelung und gerade eine solche konnte ihm leicht widerfahren, da es der Betriebsleitung selbstverständlich nicht unbekannt geblieben war, daß er die letzte Anregung zur Bewegung auf Abschaffung der Sonntagsarbeit gegeben hatte. Der Wegfall der letzteren schmälerte den Profit des Gaswerks. Um den Ausfall wieder bereinzubringen, erliefen der Leiter eine Vereinfachung der Kohlenbeschaffung an die Retorten. Dadurch wurde den Heizern aber die Arbeit erschwert. Wenn die Retorten stärker in Anspruch genommen wurden, so gab es auch mehr Koks fortzuschaffen, also auch für die damit beschäftigten Arbeiter wurde die Arbeit schwerer.

Eine Ausnahme von seinen stumpfsinnigen Kollegen machte ein gewisser Jack Hallam, der sich durch radikale politische Ansichten und einige Kenntnisse auszeichnete. Thorne verbande ihm keine erste Aufführung und heiratete im Februar 1879 eine seiner Töchter. Sowohl Thorne wie seine Braut mußten unter das Ehefähigkeitsprotokoll ihr „Jelchen“ legen, weil beide nicht schreiben konnten. Von weiterer kulturgeschichtlicher Bedeutung sind die Einblende in die Trunk- und anderen Sitten seiner Kollegen. Hier sei nur ein besonderer Fall hervorgehoben.

Als er in einer Nacht seine Retorten auffüllte, sah er, daß sein Helfer nachlässig arbeitete und ihm dadurch die Arbeit erschwerte. Thorne stellte den Helfer zur Rede und erhielt von diesem als Antwort einen Faustschlag auf den Mund. Eine Schlägerei im Betrieb hatte die Entlassung beider zur Folge gehabt und darum forderte Thorne seinen Gesner auf, die Sache frater auszupfaffen.

des Konzessionsvertrages wurden die Werke in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen übergeführt. Die Beteiligung zwischen staatlichen und privaten Geldern war wie etwa 7 zu 3. Im Ausschüßrat waren beide Körperschaften mit 50 Proz. der Stimmen vertreten. In der Nachkriegszeit wurde das Absatzgebiet wesentlich erweitert. Die Städte Wandersb., Bergedorf und Cuxhaven wurden in die Versorgung mit einbezogen, Stromlieferungsverträge mit den Heberlandzentralen Harburg-Wilhelmsburg und Lübeck wurden abgeschlossen. Im Zusammenhang hiermit gründeten die Hamburger Elektrizitätswerke mit der Siemens elektrische Betriebe A. G. in Hamburg die Stromversorgung Wilhelmsburg G. m. b. H. Die Hamburgischen Elektrizitätswerke besaßen die Zentralen Tiefstack, Bille und Barmbeck mit einer eingebauten Maschinenleistung von 83 900 Kilowattstunden. — Am Juni 1921 wurde ein Nachtragsvertrag zwischen dem Staat und den SEW abgeschlossen. Auf Grund des Konzessionsvertrages von 1921 erhält der Staat 15 Proz. von der Bruttoeinnahme. Der Reingewinn wird anteilig ausgewiesen. Ursprünglich war vorgesehen, daß im Jahre 1918 die Elektrizitätswerke unentgeltlich an den Staat zurückfallen. An seine Stelle tritt nach dem Vertrag von 1921 ein Ankaufsrecht des Staates, das erstmalig 1946 geltend gemacht werden kann. Nach 1946 kann der Staat von 5 zu 5 Jahren dieses Recht ausüben. Die Kündigung ist mindestens zwei Jahre vorher bekanntzugeben. Der Erwerbspreis soll der zwanzigfache Betrag der Durchschnittsdividende der letzten zehn Jahre sein, jedoch nicht höher als 160 Proz. und nicht niedriger als 120 Proz. vom Nennwert des Aktienkapitals. — Der Geschäftsabschluss vom 30. Juli 1926 weist eine Steigerung der Betriebseinnahmen von 31,9 Millionen Mark auf 36,9 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahr nach. Reingewinn ist 12 Millionen Mark. Verteilte Dividende gleich 10 Proz. An den Hamburger Staat wurden außerdem abgegeben 4,67 Millionen Mark. In der Bilanz haben die Anlagen den Umfang von 20,9 Millionen Mark erfahren, so daß die gesamten Anlagen heute mit 103,6 Millionen Mark zu Buche stehen. Der Stromabtrag stieg von 45,1 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1913/14 auf 220,17 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1925/26. — Im Großkraftwerk Hannover stieg im Geschäftsjahr 1924/25 die Elektrizitätserzeugung von 43,25 auf 73,18 Millionen Kilowattstunden, also um 70 Proz. Eine weitere Steigerung des Stromabtrages wird erwartet. Die Gesamteinnahmen werden mit 4,2 Millionen Mark ausgewiesen. Hauptaktionäre sind der Preussische Staat und Kommunalverwaltungen. — Insgesamt hat sich in den letzten Jahren der Verbrauch von elektrischer Energie in Deutschland fast verdoppelt. Der Gasverbrauch stieg von 2,8 Milliarden Kubikmeter auf 3,2 Milliarden Kubikmeter im Jahre 1925. Die Zunahme des Wasserverbrauchs betrug im vergangenen Jahre 12 Proz. gegenüber 4 Proz. Jahreszunahme in den Jahren vor dem Kriege. — Zum Schluß behandelte der Referent die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken.

In der Diskussion führte Borkfeld-Hamburg aus:

Die Umformung der Hamburger Gaswerke in eine G. m. b. H. hatte zahlreiche Entlassungen zur Folge. Der bestehende Gaspreis sei bei privaten Haushaltungen zu hoch und könne von der Arbeiterschaft bei den gegenwärtig niedrigen Löhnen, insbesondere aber von der erwerbslosen Arbeiterschaft kaum getragen werden. Redner fordert eine bessere Information über das hier behandelte Gebiet. Insbesondere aber sei eine Einweihung der Betriebsräte in das Geschäftsgeschehen der in Betracht kommenden Unternehmungen erforderlich. Die graphischen Darstellungen des Kollegen Orlopp und seine dazu gegebenen Ausführungen müßten in Buchform einem größeren Kreise von Verbandsfunktionären zugänglich gemacht werden.

Nachstehende Resolution wurde nach einem Schlußwort des Kollegen Orlopp einstimmig angenommen:

1. Alle Betriebe, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, müssen der privatkapitalistischen Profitwirtschaft entzogen und durch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften betrieben und verwaltet werden. — 2. Vereinigung aller Arbeitnehmer der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, soweit diese für die öffentliche Versorgung arbeiten, im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 3. Schaffung vorbildlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen: a) durch Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen für alle Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe auf einheitlicher Grundlage, b) Fortzahlung des Lohnes an gesetzlichen oder angeordneten Feiertagen, c) Zahlung von Lohnzuschlägen für Nacht- und Sonntagsarbeit, insbesondere für diejenigen Arbeitnehmer, die in wiederkehrender Wechsellicht arbeiten. — 4. Durchführung des tariflich festzulegenden achtstündigen Arbeitstages. Für Wechsellicht die 48-Stunden-Woche. Sämtliche Arbeiter der Gasanlagen sind den Zugabestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 zu unterstellen. — 5. Soziale Forderungen: a) Fortzahlung des Lohnes unter Abzug der reichsgerichtlichen Leistungen in Krankheitsfällen, b) ausreichende Ruhegehalt- und Hinterbliebenenversorgung, c) ausreichenden Erholungsurlaub unter besonderer Berücksichtigung für alle Arbeiter, welche Arbeiten verrichten, die besonders gesundheitsgefährlich sind, und für die in Wechsellicht tätigen Arbeitnehmer, d) Anerkennung der sogenannten Betriebskrankheiten (OC-Vergiftungen usw.) als Betriebsunfall oder Entschädigung der gesundheitlichen Schäden nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, e) Schaffung von hygienisch einwandfreien Bade-, Wasch- und Aufenthaltsräumen, f) unentgeltliche Pfortenerstattung mit Schutzkleidung. — 6. Den Betriebsräten aller Betriebe des öffentlichen Rechts muß die weitestgehende Mitwirkung bei der Verwaltung der Betriebe und deren technischen Ausgestaltung zugesichert werden. — 7. Aufhebung der Verordnung der Reichsregierung vom 10. November 1920 (betr. Streitverbot in lebenswichtigen Betrieben). — 8. Abschaffung der Technischen Hilfskräfte, da die Notarbeit nach den Richtlinien des ATGR geleistet wird.

Eine zweite beschlossene Resolution deckt sich mit der am 22. August auf der Konferenz in Breslau angenommenen. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 36 Sp. 807.)

Der 57. englische Gewerkschaftskongress

Wir Deutsche haben nie ein Hehl daraus gemacht, den Wert der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis von den Engländern gelernt zu haben. Der erste englische Gewerkschaftskongress, der im Jahre 1868 in Manchester zusammentrat, tagte in einer Zeit, wo man in Deutschland noch wenig oder gar nichts von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation kannte. Als die junge Generalkommission unter Führung des unvergesslichen Karl Legien im Jahre 1892 den ersten Gewerkschaftskongress einberief, entstanden große Mißverständnisse und in Arbeiterkreisen debattierte man darüber, ob wohl die Notwendigkeit eines solchen Kongresses bestände, da man doch die Kongresse der Sozialdemokratischen Partei habe. Und im Jahre 1893 bezweifelte August Bebel es noch, ob es der deutschen Gewerkschaftsbewegung jemals gelingen werde, bis auf eine Million Mitglieder zu kommen. In jener Zeit gab es in England schon 123 Gewerkschaftsverbände mit einer Mitgliederzahl von 1½ Millionen. Seit dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress hat die gewerkschaftliche Organisation einen riesenhaften Aufschwung genommen und ohne Hebertreibung darf gesagt werden: Sie hat die englische Gewerkschaftsbewegung auf gar manchen Gebieten überflügelt.

In England spricht man von einer Krise des Tradeunionismus, und auch dieser letzte vom 6. bis 11. September in Bournemouth getagte Kongress war nicht in der Lage, eine Lösung für die sich aufdringenden brennenden Fragen zu finden. Diese letzte Tagung trat unter wenig günstigen Verhältnissen zusammen und den Verhandlungsmöglichkeiten waren in gar mancher Hinsicht Schranken gezogen. Am drückendsten lag die Last des zwanzigjährigen Kampfes der Bergarbeiter auf dem Kongress, ohne daß die Möglichkeit bestand, in der einen oder anderen Form einzuwirken.

Drei Fragen waren es vor allem, die diesem Kongress das Gepräge gaben: Die Organisationsform; der Generalstreik; die Frage der Machterweiterung des Generalrats. Schon der Kongress von Scarborough hatte den Generalrat beauftragt, eine Vorstandskon-

ferenz einzuberufen zur Durchberatung von Punkt 1 und 3, um diesem Kongress geeignete Vorschläge über die aufgeworfenen Probleme machen zu können. Der Bergarbeiterkampf und der große Sympathiestreik vom Mai verhinderten die Ausführung der Aufgabe, so daß dieser Kongress nicht in der Lage war, Richtlinien aufzustellen. Auch bestand nicht die Möglichkeit, die Lehren aus dem Sympathiestreik zu ziehen, da der Generalrat mit der Exekutive der Bergarbeiter die Vereinbarung getroffen hatte, während der Dauer des Bergarbeiterkampfes über diese Dinge nicht zu sprechen. War so dem Kongress die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme zum Problem des Generalstreiks genommen, so wurde doch genug zur Klärung der aufgeworfenen Fragen zu Tage gefördert. Resümieren wir also: Zum Problem der Machterweiterung des Generalrats stand folgende Entschliebung zur Debatte:

„In Anbetracht dessen, daß der Generalrat am 4. Februar 1926 seinen Ausschluß bekannt gab, worin esieß, daß die Machtbefugnisse des Generalrats im Augenblick größerer Streitgefahr so ausreichen seien, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen erwartet werden könne“ — beauftragt der Kongress den Generalrat, das ganze Problem einer neuerlichen gründlichen Untersuchung zu unterziehen und dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten. Die Untersuchung soll sich vor allem mit folgenden Fragen befassen: a) Übernahme der Oberleitung, im Falle eine Gewerkschaft oder Vereinigung von Gewerkschaften im Begriff einer Streikbewegung stehen zur Verbesserung der Lebenslage oder zur Verteidigung bereits bestehender Lohn- und Arbeitsbedingungen; — b) Die Forderung zur Erhebung von Ertragsbeiträgen; — c) Die Forderung zur Eröffnung eines vollen oder teilweisen Generalstreiks; — d) Untersuchung der Voraussetzungen, die zu einer solchen Aktion notwendig sind: 1. Welche Vorkehrungen getroffen werden müssen für solche Gewerkschaften, die auf Grund ihrer Statuten nicht ihre Vitalinteressen wahren müssen. 2. Die Frage der Ausübung bestehender Tarifverträge; — e) Die Frage des Aufgebührens der Ertragsbeiträge im Falle eines solchen Streikes, wie auch erst Vertretung beim Kongress und im Generalrat; — f) Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsbewegung in Hinblick darauf, daß letztere im Falle eines Generalstreiks die Lebensmittelversorgung zu übernehmen habe.“

Ein Abänderungsantrag erklärt jede weitere Untersuchung für Zeitverschwendung. Er verlangt, die im Antrage spezialisierten Vollmachten sofort dem Generalrat zu übertragen, da die Zeit für einen solchen Schritt reif ist. Die Vertreter der großen Gewerkschaften, wie der Verkehrsarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, lehnten sowohl den Antrag wie den Abänderungsantrag ab als Utopie und unverantwortliche Experimentiererei. Für die Anträge sprachen außer den Antragstellern die Bergarbeiter, Eisendreher, sowie die Arbeiter der Bügelanstalten. Zum Schluß wurden beide Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Frage der Organisation lag hauptsächlich die Entschliebung der Fabrikarbeiter zur Gewerkschaftseinheit vor. Verlangt wird die Schaffung eines Einheitsverbandes. Es ist nicht recht ersichtlich, was mit einer solchen Entschliebung gemacht werden soll. Vom Standpunkt der Fabrikarbeiter scheint ja der im Antrage begründete Gedankenengang verständlich: man agitiert dafür, daß alle Fabrikarbeiterorganisationen in einem Verbands aufgehen. Anders wird aber die Sache, richtet man einen Appell an die gesamte Gewerkschaftswelt zur Schaffung eines Einheitsverbandes. Dufes begründete den Antrag seines Verbandes mit folgenden Argumenten: „Die Befürworter des Systems der Industrieverbände glauben durch diese Form eine wissenschaftliche Grundlage der Organisation gefunden zu haben, was ich bestritte. Kein Delegierter ist in der Lage, eine Industrie genau zu umschreiben, geschweige denn sich einen Gedanken über die Zweckungsmöglichkeiten einer Industrie zu machen.“ Ein Abänderungsantrag verlangt die Schaffung von Industrieverbänden.

Wie im vergangenen Jahre, so spielte auch diesmal die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit eine Rolle auf diesem Kongreß. Es zeigte sich aber recht deutlich, daß der Generalrat sich von den Russen nicht als Werkzeug zur Fortführung der internationalen Gewerkschaftseinheit benutzen lassen will. Am sogenannten russisch-englischen Einheitskomitee sind große Hoffnungen entstanden und es scheint, daß dieser Spalt ein unerbittliches Ende nehmen wird. Der Führer der russischen Gewerkschaftszentrale, Tomski, hat, weil ihm die Regierung die Einreise verweigerte und er deshalb verhindert war, dem Kongreß als Gast beizuwohnen, ein spaltenlanges Telegramm an den Kongreß geschickt, das eine einzigartige Beschimpfung des Generalrats und einzelner seiner Mitglieder enthält. Das Telegramm wirkte äußerst erschütternd. Es hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die russischen Bolschewiki zurzeit noch kein Interesse an einer wirklich einigen Arbeiterklasse haben. Trotzdem schließlich der Kongreß mit großer Mehrheit an dem Ziel: der Spaltung der Arbeiterklasse ein Ende zu machen, weiterzuarbeiten. Allerdings erklärte Furtell vom Generalrat, zu dem die Kommunisten noch bis vor kurzem hoffnungsvoll emporblickten, kurz und bündig: Wollte man in diesem Augenblick einen gemeinschaftlichen Kongreß zwischen Moskau und Amsterdam in die Wege leiten, so könne das nur mit einer Katastrophe enden. Trotz allem muß zu Schluß und Trug der Arbeiterklasse gewünscht werden, daß bald die Stunde der Einheit schlagen möge. B. Weingarb.



Die bevölkerungspolitische Tagung der Arbeiterwohlfahrt in Jena

am 25. und 26. September war keine eigentliche Frauentagung, denn die Wohlfahrtsarbeit der Arbeiterklasse, die in Partei- und Gewerkschaftskreisen geleistet wird, ist nicht nur Frauennarbeit, sondern die gemeinsame Arbeit der Männer und Frauen des werktätigen Volkes. Dennoch überwog das weibliche Element auf dieser Tagung deren Leitung in den Händen der Genossin Marie Buchholz lag. In fünf Tagesordnungspunkten wurde das Problem der Bevölkerungspolitik von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Fünf Vorträge sprachen als Mediziner, Theoretiker und Sozialisten. Den Theoretikern folgten als Vertreterinnen der Praxis drei Frauen und es darf gesagt werden, daß gerade die Referate der Frauen den härtesten und sicher auch den nachhaltigsten Eindruck auf die Zuhörerinnen machten.

Obwohl die Vorkonferenzen in der Eröffnungsrede nach einem herrlichen Rezept, den sie dem Generalrat Dr. Silberstein widmete, darauf hinwies, daß 100 Vertreter von Behörden und Organisationen der Tagung als Gäste beizuwohnen, beschränkten sich diese erzieherisch-erhellende auf nur ganz wenige und kurze Vorkonferenzen. Dabei war es besonders erfreulich, vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Bauer, zu hören, daß das R.A.M. alles unternimmt, was im Rahmen des Möglichen einen wirksamen Schutz der

Arbeitskraft bezweckt. Schade, daß er gleich darauf den Referatentwurf des kommenden Arbeitsschutzgesetzes erwähnte und sich selbst um die Wirkung seiner Worte brachte.

Als erster Referent sprach Dr. Quark (Frankfurt a. M.) über „Sozialismus und Bevölkerungspolitik“. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß nicht quantitative sondern qualitative Bevölkerungspolitik von der Sozialdemokratie getrieben werden muß.

Das Thema „Säuglings- und Mutterchutz“ behandelte darauf Genosse Dr. Jabeck (Berlin) unter Zugrundelegung von nachgelassenen Schriften des verstorbenen Dr. Silberstein. Seine Forderungen gingen dahin, in allen Großstädten durch Reichs- und Gesundheitsämter zu schaffen, die auch die Säuglingsfürsorge zu organisieren haben. Von einer solchen Fürsorge erwartete Dr. Silberstein das Herabdrücken der Säuglingssterblichkeit. Besonders der unehelichen Mutter muß durch Schaffung entsprechender Heime die Möglichkeit gegeben werden, ihr Kind zum mindesten in den ersten vier Monaten selbst zu stillen. Eine vorbildliche Durchführung der Säuglingsfürsorge aber ist nur möglich mit Hilfe eines gut ausgebildeten Schwesternpersonals. Die ärztliche Behandlung der Säuglinge muß in den Fürsorgestellen erfolgen. Die Zahl der vorhandenen mütterlichen Säuglings- und Mutterheime genügt nicht. Entbindungsanstalten und Säuglingsheime zusammen sind die besten Vorbeugungsmittel gegen die hohe Säuglingssterblichkeit.

Dr. Moses (Berlin) sprach sodann über den Schutz der schwangeren Arbeiterin im Betriebe“. Er legte seinen Ausführungen die Denkschrift des Legalarbeiterverbandes zugrunde, die wir bereits in einem früheren Artikel in der „Gewerkschaft“ besprochen haben. Er erklärte, daß die Beschäftigung der Schwangeren in den Fabriken eine Barbarei und die Zukunft Deutschlands dadurch in Frage gestellt sei. Interessant war sein Hinweis auf ein Gutachten des Professors Dr. Martin (Eberfeld), der den Lesern unserer „Sanitätswarte“ nicht unbekannt ist, und der der Tätigkeit der schwangeren Fabrikarbeiterin die angeblich weit schädlichere Arbeit der schwangeren Hausfrau gegenüberstellte, ohne dabei zu berücksichtigen, daß ja die schwangere Fabrikarbeiterin im Nebenberuf zuweilen auch noch Hausfrau ist.

Nach Dr. Moses sprach Genossin Gertrud Hanna vom A.D.B. vom Standpunkt der Frau und als Realpolitikerin zum gleichen Thema. 4 Millionen Frauen sind in den gewerblichen Betrieben, außerdem Millionen in der Landwirtschaft tätig. Springende Gründe müssen ausfindig gemacht sein, wenn die Frauen auch im schwangeren Zustande Erwerbsarbeit verrichten. Mit dem Radikalismus, dem Verbot der Frauenarbeit, ist nichts auszurichten, solange eine ausreichende Versorgung der Schwangeren und stillenden Mütter fehlt. Bis zum Antritt einer solchen Versicherung würden wir durch ein Radikalverbot nur erreichen, daß die Frauen in die unbeaufsichtigte Heimarbeit abgedrängt werden. Es ist auch in Zukunft damit zu rechnen, daß die Frauen bis zum letzten Moment der Niederkunft werden arbeiten müssen. Der letzte Reichstagsbeschluss hat bereits die Möglichkeit gegeben, daß die Frauen in Zukunft sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ausgeben können. Auch durch Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers soll den Frauen während der Zeit der Schwangerschaft Erleichterung im Betriebe gewährt werden. Dennoch werden die Frauen in den seltensten Fällen diese Erleichterungen in Anspruch nehmen, werden auch in Zukunft ihren Zustand verschmerzen, weil sie fürchten, als störende Arbeitskraft im Betriebe empfunden zu werden oder sich einer Lohnreduzierung auszuliefern. Sogar Frauenorganisationen haben sich gegen die Mutterchutzgesetzgebung ausgesprochen, weil die Frauen fürchten, dadurch Erwerbseinkünfte im Beruf zu haben. Wir brauchen eine andere Bewertung der Mutterchaftsleistung durch Staat und Gesellschaft. Nur dann werden wir erreichen, daß der Mutterchutz keine Schädigung der Frau darstellt. Aber auch die Frauen in der Hauswirtschaft und in der Landwirtschaft dürfen beim Schwangerschutz nicht vergessen werden. Der beste Schutz der schwangeren Frau sind ausreichende Löhne und Festlegung der Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß. Das aber ist wiederum nur möglich durch den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Starker Beifall lohnte die Referentinnen, die mit ihren Ausführungen so recht die Wichtigkeit und die Schwierigkeit dieses die Frauen stark interessierenden Problems gezeigt hatte.

Am zweiten Tage wurde das Thema „Prostitution und Reglementierung“ von Dr. Knack (Hamburg) und Luise Schröder (Hannover) behandelt. Dr. Knack wies auf Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ hin und erklärte, man müsse nur das Kapitel „Die Frau in der Regenzeit“ hier vorlesen, um alles das zu sagen, was zu diesem Problem zu sagen ist. Der Gegenentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird uns in der Bekämpfung dieser Volkspeste eine gute Waffe sein. — Genossin

Schröder zeichnete dann mit warmen zu Herzen gehenden Worten ein Bild von der geistigen und physischen Not der Prostituierten. Die Prostitution ist kein notwendiges Uebel, sondern ein Uebel, welches aus der Zeit der Sklaverei und hängt in ihrer heutigen Form aufs engste zusammen mit der sexuellen Unehrlichkeit und den wirtschaftlichen und sozialen Schäden unserer Zeit. Sie forderte zum Schluß mehr Achtung und weniger Achtung dieser Frauen, denen die Möglichkeit zur Rückkehr in das Gesellschaftsleben gegeben werden muß.

Den Schluß der Tagung bildeten die Referate von Dr. Rautsky (Wien) und Elisabeth Kirschmann-Röhl (Köln) über „Schwangerschaftsunterbrechung und Verhütung“. Dr. Rautsky führte aus, daß die wirtschaftlich und psychologisch begründete Angst vor der Nachkommenschaft zu schwersten Störungen im Gesellschaftsleben führt. Tritt die Schwangerschaft ein, wird zur Abtreibung gezwungen, in einem Ausmaße, von dem wir gar keine rechte Vorstellung haben. 5000 bis 6000 Frauen sterben allein in Berlin jährlich an den Folgen der Abtreibung. Die zehnfache Zahl jedoch erkrankt so schwer, daß sie die Hilfe der Ärzte in Anspruch nehmen muß. Die Abtreibung ist ein Uebel in medizinischer und moralischer Hinsicht und soll möglichst dem Privatprostituierten der Verzeht entzogen und nur in öffentlichen Krankenanstalten von vorgebildeten Ärzten durchgeführt werden. Der künstliche Abort muß stets den Etampel der äußersten Notwehr tragen. Die Empfängnisverhütung wird berufen sein, ihn vollständig zu verdrängen. — Genossin Kirschmann-Röhl forderte aus sozialpolitischen Erwägungen heraus, daß die Abtreibung aus dem Strafbuch verschwindet.

Allen Referaten folgte eine eingehende und rege Diskussion. Wir begnügen uns hier mit der Skizzierung der Referate und weisen Interessenten hin auf das demnächst erscheinende vollständige Protokoll dieser bedeutungsvollen Tagung. M. F. Sch.

Bildungsarbeit

Unser zentrales Winterbildungsprogramm

Nachdem mit augenscheinlichem Erfolg die acht Ferienturse beendet sind, gilt es, das Winterprogramm ernstlich zu beginnen. Die Sommerurse waren in der Hauptsache für die kleineren Filialen gedacht. Das Winterprogramm sucht die großen Ortsverwaltungen zu erfassen.

Nur ist die Zeit, die Mittel sind beschränkt, die Aufgabe aber riesengroß. Drum heißt es, sich auf das Wesentlichste in intensiver Arbeit in Ausnützung von Zeit und Kosten einzustellen. Wieder beschränken wir uns in den vom Bildungssekretariat aus veranstalteten Kursen auf Funktionärskulung. Sie sollen zwei Wochen dauern und ganztägig sein. Deshalb müssen die Teilnehmer vom Verband von der Arbeit freigestellt werden. Kurzahlen ste 15 Mk. wie auch die Teilnehmer an Sondertursern. Die Kurse finden statt in einem außerhalb der Stadt gelegenen Heim, in dem die Teilnehmer auf 14 Tage eine Lern- und Lebensgemeinschaft bilden sollen. Der Unterrichtsstoff ist der gleiche wie bei den Sommerkursen. Der doppelten Kursdauer entsprechend können die einzelnen Gebiete aber eingehender behandelt werden. Hinzu kommen soll eine Reihe von praktischen Übungen über die Auswertung des Unterrichtsstoffes. Dabei soll der Kursteilnehmer ein ihm besonders zulaugendes Thema oder Problem während des Kurses als sein Spezialfach in enger Fühlungnahme mit der Kursleitung studieren. Deshalb kann der Kurs auch nicht mehr als höchstens 20 Teilnehmer umfassen.

Zu Heim an den langen Winterabenden vereint, können wir auch die Abende noch zu abrundendem Unterricht benutzen. Das soll geschehen in der Form lehrteren, anregenden, unterhaltenden Vortrags mit Lichtbildern aus Gebieten, die im sonstigen Unterricht nicht gestreift werden, wie z. B. die moderne Arbeiterdichtung, die Arbeit in der Kunst, die schöne deutsche Stadt usw. Dafür sind sechs Abende vorgesehen. An dem im Kursus liegenden Sonntag soll bei einer Morgenfeier das Problem der Festgestaltung der Arbeiterschaft besprochen werden. Der Abend dient lustigen Beisammensein. Wir wollen den Kursus mit einer kleinen Feier beginnen und schließen.

Die vierzehntägigen Ganztagesurser in einem Heim sind keine Ferienturse mehr. Hier muß noch viel ernster gearbeitet werden als im Sommer. Die erheblichen Kosten, die dem Verband erwachsen, verpflichten uns dazu. Aber bei aller Anstrengung, die bei dem Kursus bevorsteht, glauben wir doch versichern zu können, daß jeder Teilnehmer diese 14 Tage als eine köstliche Zeit betrachten wird. h.

Candittraßenwärter

Halle a. d. S. Die Straßenwärter des Landesbauamts Halle sowie der Kreisbauämter Saalkreis, Bitterfeld und Torgau waren zu einer Betriebsversammlung am 25. September 1926 in Eilenburg zusammengekommen. Kollege Flücht-Halle hielt einen Vortrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die Pensions- und Ruhegeldbestimmungen. Er wies dabei nach, daß die für die Straßenwärter erzielten Erfolge nur durch die Kraft unseres Verbandes errungen werden konnten. Hieraus ist zu erkennen, daß eine Organisierung im Straßenwärterbund oder etwa beim christlichen Landarbeiterverband oder bei den hiesigen Dunderlichen Fabrikarbeiterverbänden den Interessen der Straßenwärter absolut zuwiderlaufen. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, wozu auch die Straßenwärter gehören, können nur in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammenstehen. Nach diesem Referat wurde beschlossen, daß über die Schaffung eines Zusatzabkommens sowie über Neuauflistung von Richtlinien der Pensionierung der Verband sofort Verhandlungen sowohl mit dem Arbeitgeberverband als auch mit dem Landeshauptmann und den Landräten aufnehmen soll. — Für die am 13. und 14. November in Braunschweig tagende Reichsstraßenwärterkonferenz wurden von dem Landesbauamt Halle folgende Kollegen delegiert: 1. Hermann Schmidt-Betwisch; 2. Otto Naumann-Schlaf; 3. Theodor Pohl-Selbig. Für das Kreisbauamt Saalkreis werden delegiert: 1. Karl Krause-Dieslau; 2. Franz Dietrich-Könnern. Für das Kreisbauamt Torgau: Paul Böttcher-Proßhahn. Für die von der Filiale Halle im Naturfreundehaus Eisenhammer bei Düben durchzuführende Bildungswoche wurden delegiert: die Kollegen Karl Krause-Dieslau, Wilhelm Thäle-Osmünde, Paul Koblenz-Dölau als Kreisstraßenwärter, sowie die Kollegen Julius Bendi-Laubig und Otto Meißig-Felgern für die Provinzialstraßenwärter. Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten erledigt waren, beschloß die Versammlung, unter Führung des Herrn Landesbauamts Rnabe auf einer Landstraße unweit Eilenburg sich den neuen modernen Teerstraßenbau praktisch vorführen zu lassen. Herr Rnabe machte dann auch an Ort und Stelle während der Zeit des praktischen Bauens einer Teerstraße allen Straßenwärtlern erläuternde Ausführungen über den neuzeitlichen Begebau. Es wurde dann beschlossen, daß nächste Versammlung Anfang Dezember in Delitzsch stattfinden zu lassen.

Aus unserer Bewegung

Die Gaukonferenz München am 25. und 26. September war besetzt von 34 Filialen mit 49 Delegierten. Den Verbandsvorsitz vertrat Kollege Stetter. Vom Gauvorstand waren neben den beiden Gauleitern noch vier weitere Gauvorstandsmitglieder delegiert. Kollege Stetter referierte über „25 Jahre internationaler Gewerkschaftsbewegung“. Dann berichtete Gauleiter Weiß über die Bewegungen der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter, wobei er den Versammelten die Kämpfe und Erfolge unseres Verbandes bei Neuabschluß der Tarifverträge schilderte. Anschließend zeichnete Gauleiter Weiß ein Bild über die Organisationsverhältnisse bei den Beamten, sowie über die wirtschaftlichen, sozialen und Rechtsverhältnisse. Organisatorisch stehen wir besonders in den Heil- und Pflegeanstalten gut. Wir bemühen uns, nachdem der Verband sich jetzt mehr als Jahresfrist nicht unerheblich erweitert hat, den Wert der Organisation zu vertiefen. Dazu wird die Neuorganisation unserer Beamtenabteilung gute Dienste leisten. Wirtschaftlich und sozial haben wir uns bemüht, durch Antragstellung an die Kreiskörperschaften Verbesserungen für das Personal zu erreichen; die Arbeiten waren wiederholt von Erfolg gekrönt. Neue Arbeiten stehen bevor. Die Regelung der Rechtsverhältnisse ist eine Sache der Landesgesetzgebung. Anträge nach der Richtung hin wurden an den bayerischen Landtag gestellt und das Ergebnis ist keineswegs unbefriedigend. Von dem Personal in den Heil- und Pflegeanstalten wird es abhängen, in welcher Weise unser Streben in nächster Zeit gefördert wird. Zum Schluß machte Kollege Weiß noch einige Ausführungen über die nächsten Aufgaben agitatorischer als wirtschaftlicher Art, die von der Konferenz mit Befriedigung entgegengenommen wurden. — Arbeitersekretär Pöschel hielt dann einen Vortrag über „Die Bedeutung des Arbeiterrechts“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. — In den Gauvorstand wurde als Ergänzung der Kollege Schuster (Augsburg) gewählt. Die Herabsetzung des Gaubeitrages auf 3 Prozent wurde beschlossen. Zum Schluß wurden die von den Filialen gestellten Anträge erledigt.

Konferenz des Wirtschaftsbezirks Brandenburg. Die am 18. und 19. September 1926 tagende Konferenz in Potsdam war von 57 Delegierten besetzt, die 62 Filialen vertraten. Außerdem hatten es sich die größeren Filialen nicht nehmen lassen, 14 Gäste auf eigene Kosten zu entsenden. Nach Begrüßung der Konferenz durch den Kollegen Heim (Potsdam) als Vorsitzender der Filiale und den Vorsitzenden Hanisch vom Ortsausschuß des ADB. in Potsdam



Ohne Erwerbslosenunterstützung: Obdachlosigkeit und Hunger.



Die Erwerbslosenunterstützung: der Sieg eines gewerkschaftlichen Prinzips.

ergänzte Kollege Kühne den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl des Wirtschaftsbezirks betrug am 1. Juli 1926: 6016. Die Filialkassen weisen ein Vermögen von 12 000 Mk. auf. Die gesamte Einnahme für die Hauptkasse betrug rund 95 000 Mk. in den letzten vier Quartalen. Hiervon sind 25 000 Mk. für gezahlte Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung, außerdem 16 000 Mk. für gezahlte Streit- und Gemahregelunterstützung in Abrechnung zu bringen. Kollege Kühne schilderte den Verlauf der von der Bezirksleitung geführten Tarif- und Ruhelohnbewegungen. In seinen weiteren Ausführungen streifte er auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands, sowie den Bergarbeiterstreik in England. **Gen. Sitzung:** Die Delegierten der Reichsleitung Gesundheitswesen und die Schwierigkeiten in der Bearbeitung dieser Sektion. Er erluchte um die Unterstützung sämtlicher Funktionäre bei seiner schweren Aufgabe. In der Diskussion zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde die Arbeit der Bezirksleitung anerkannt, jedoch manches an der Haltung des Verbandsvorstandes kritisiert. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Stetter über „Gewerkschaft und Politik“. Der Redner gab im wesentlichen einen Ueberblick über das Verhältnis, in welchem die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien in den verschiedenen Epochen der Arbeiterbewegung in Deutschland zueinander gestanden haben. Er wies auch auf die ganz verschiedenen Aufgaben hin, die von jeder dieser beiden Träger der Arbeiterbewegung zu bewältigen sind, so z. B. auf die Aufgaben in der Frage der Sozialgesetzgebung, die — so sehr sie die Arbeitnehmer betreffen — doch nicht allein von deren Interessenvertretung, den Gewerkschaften, in Angriff genommen werden konnten, sondern eben ihres Gesehenscharakters wegen von den politischen Parteien. Aus dieser engen Interessenverbindung erwuchs naturgemäß auch die starke Personalunion, die wir heute noch haben, daß nämlich die Männer, die in der Gewerkschaftsbewegung an erster Stelle stehen, gleichzeitig Reichstagsmandate von der Partei übertragen bekamen. Der alsdann vom Kollegen Kühne gehaltene Vortrag über „Die Aufgaben der örtlichen Funktionäre“ wurde von den Kollegen lebhaft begrüßt. Kollege Kühne gab den Delegierten Anweisungen in der Geschäftsführung der Filialen, sowie Verhaltensmaßregeln für die Versammlungen u. a. m. Hierauf erstattete Kollege Müller den Bericht von der Gaukassa. Diese hatte im Geschäftsjahre eine Einnahme von 3173,21 Mk. einschließlich Kostenbestand, eine Ausgabe von 251,25 Mk. Da der verbleibende Kassenbestand in Höhe von 2921,96 Mk., von welchem noch 300 Mk. als Stammkapital beim Bauhüttenbetriebsverband in Abrechnung zu bringen sind, kaum dazu ausreicht, um die letzte Konferenz zu finanzieren, hat sich der Gauvorstand veranlaßt gesehen, der Konferenz einen Antrag zu unterbreiten, wonach der Gaufallenbeitrag von 10 auf 15 Pf. pro buchmäßiges Mitglied und Quartal erhöht wird. Diesem Antrage des Gauvorstandes wurde von der Konferenz zugestimmt. Nachdem als Tagungsort der nächsten Konferenz Kottbus bestimmt und die Mitglieder der Lohn- und Tarifkommissionen gewählt waren, fand noch eine lebhaft debattierte über den abgehaltenen Ferienturlus in Chorin statt. Der Gauvorstand wurde von der Konferenz beauftragt, den Verbandsvorstand zu erluchen, daß die Kosten eines solchen Ferienturlus von der Hauptkasse getragen werden sollen. Es wurde begrüßt, daß sich unter den 57 Delegierten der Konferenz 43 Vorsitzende und 3 Kassierer der Filialen befanden. Die Filiale Potsdam hatte für den Abend des ersten Tages ein sehr schönes Programm zusammengestellt und auch in dieser Weise dafür gesorgt, daß die Delegierten noch lange an diese Konferenz zurückdenken werden.

Rundschau

Die Volksfürsorge. Die im Jahre 1913 von den freien Gewerkschaften und den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften ins Leben gerufene Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge hat es sich zum Ziele gesetzt, die vielfachen Schäden der privaten Volksversicherung zu beseitigen, sie ihres Erwerbscharakters zu entkleiden und den minderbemittelten Volksschichten eine gute und billige Lebensversicherung zum Selbstkostenpreise zu bieten. — Das Aktienkapital der Gesellschaft ist zur Hälfte von den Gewerkschaften, zur anderen Hälfte von den Genossenschaften voll eingezahlt worden. Die Aktien befinden sich in festen Besitz der Arbeiterorganisationen und werden an der Börse nicht gehandelt. Das Aktienkapital darf mit nur höchstens 5 Prozent verzinst werden; Liantien an den Aufsichtsrat und Vorstand sind ausgeschlossen. Der gesamte Ueberfluß wird ausschließlich im Interesse der Versicherten verwandt. Die bei der Gesellschaft angeschafften Kapitalien werden als erststellige, mündelsichere Hypotheken auf genossenschaftlichen Grundbesitz, vor allem zum Zwecke des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues, angelegt. Die Volksfürsorge ist heute eines der größten Versicherungsinstitute in Deutschland; zurzeit ist ein Versicherungsbestand von etwa 690 000 Policen vorhanden mit einer Versicherungssumme von 200 Millionen Reichsmark. Seit der Umstellung auf feste Währung wurden 1,6 Millionen Reichsmark Sterbegelder an die Hinterbliebenen der Versicherten ausgezahlt und 15 Millionen Reichsmark als mündelsichere Hypotheken in den Unternehmungen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft angelegt. Arbeiter, Angestellte und Beamte, verheiratet oder nicht! Sorgt für die Zukunft eurer Familien! Doch unterstützt keine privaten Versicherungsinstitute. Vertraut eurer eigenen Kraft und unterstützt euer eigenes, gemeinnütziges Unternehmen, die Volksfürsorge. Wer sich versichern oder mitarbeiten will, wende sich an die örtliche Rechnungsstelle am Orte oder an den Vorstand der Volksfürsorge.

Verbandsteil

Verlängerung des R.M.L.-Straßenbahn

Der dritte Reichsmanteltarifvertrag für das Fahrpersonal der kommunalen Straßenbahnen galt zunächst bis zum 1. Oktober 1926, wurde dann noch bis zum 31. Dezember 1926 verlängert. Auch die Kündigungsfrist wurde vom 1. Juli auf den 30. September 1926 verlegt. Verhandlungen über eine Abänderung des Reichsmanteltarifs führten zu keinem Ergebnis. Von Arbeitgeberseite waren recht weitgehende Forderungen gestellt worden, die von den Arbeitnehmervertretern nicht akzeptiert werden konnten. Andererseits lehnte der Reichsarbeiterverband auch die Abänderungsvorschläge der Arbeitnehmerverbände ab. Die Besprechungen hatten schließlich das Ergebnis, daß von beiden Parteien von einer Kündigung des Reichsmanteltarifs am 30. September Abstand genommen wurde. Dadurch ist eine Verlängerung des bisherigen Reichsmanteltarifs bis zum 1. Oktober 1927 eingetreten.

Der Verbandsvorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Eisenbahner f. M. A. n. s. t., Berantw. Redakteur Emil Dillmer, beide Berlin SO. 33, Schiller-Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Willehm Wolff: „Der Achtstundentag“. Seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 112 Seiten. In Gangelein gebunden 4,80 Mk. Broschiert 4,- Mark.

Der erste Teil des Buches enthält eine kurze Geschichte des Achtstundentages und insbesondere des achtstündigen Arbeitstages, und zwar 1. „Vor und zu Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsepoche“, 2. „Die Entwicklung bis zum Jahr 1880“, 3. „Die Entwicklung unter internationalen und insbesondere sozialistischen Einfluss bis 1914“, 4. „Die Fortschritte der Achtstundentagsbewegung unter dem Einfluss des Weltkriegs und seines revolutionären Nachschlusses von 1918 bis zur Gegenwart“, 5. „Die Reaktionen gegen den Achtstundentag“. Besonders hervorzuheben sind in diesem Teil die (historischen) Darlegungen darüber, wie lang die Arbeitzeit tatsächlich in den verschiedenen Ländern war und ist bzw. wieviel Prozent der Arbeiter jeweils so oder so lange beschäftigt waren. — Der zweite Teil handelt über „Die Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitzeit in Deutschland nach dem Kriege“ und zwar 1. über „Ihre Folgen in den wichtigsten Wirtschaftszweigen von betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus, insbesondere ihren Einfluss auf die Arbeitsleistung in den wichtigsten Industriezweigen“, 2. Die wirtschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Teil enthält eine geschichte Aufzählung und eine gute Darstellung solcher Beispiele, die ein günstiges Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung zeigen. — Der dritte Teil umfasst kritische Bemerkungen zur Verkürzung der Arbeitzeit in Deutschland. — Ein Anhang enthält den Wortlaut des Beschlusses des Abkommens der Arbeitgeberorganisation vom 21. November 1922 und des Londoner Abkommens.

„Vierjahreshefte der Berliner Gewerkschaftsschule“, Heft 2, Jahrgang 1926. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule Berlin SO. 16, Engelvier 24/25. Einzelheft Preis 1 Mk., Jahresabonnement 3 Mk.

In diesem Heft würdigt der Leiter der Schule Fritz Heide unter dem Titel „Sie suchen die Seele“ die neue psychologische Arbeiterpolitik der Unternehmer. Die neue Politik, angelehnt nach einem finanziell und geistig großzügigen Plan, geht darauf hinaus, die Arbeitnehmerchaft — ohne daß sie es merken soll — durch pädagogische Maßnahmen und Umrichtungen vielerlei Art, von der Gewerkschaftsbewegung abzulösen. Das Ziel ist die Werkgemeinschaft im Sinne der vaterländischen Verbände: Direkte Verhandlung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber im Betrieb über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nur die Arbeiter und Angestellten gefügig zu machen, werden ihnen „soziale“ Betriebsvereinigungen, Sportklub, Tanzklub, Theatervereinigungen und Ähnliche „verlorende“ Sachen auf Kosten ihrer Unternehmer zur Verfügung gestellt. Großartig sind die Mittel. In Düsseldorf hat man die Forschungs- und Ausbildungsanstalt gegründet, das diese Methoden wissenschaftlich erproben und Ingenieur- und Wertmeister zu Arbeitspolitikern ausbilden soll. In Berlin besteht eine „Deutsche Volkshochschule“, in der Betriebsräte aus dem Reich auf Kosten ihrer Werkgemeinschaften „geschult“ werden. In die Dunkelheit dieser Dinge und ihre Zusammenhänge leuchtet der Artikel gewaltig hinein. Das Heft enthält außerdem den Bericht der Berliner Gewerkschaftsschule für das laufende Wintersemester.

Jahrbuch 1926 der Internationalen Gewerkschaftsbewegung, von Johannes Gassenbach. Verlag: Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam, zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, oder durch die Abteilung „Bücher und Schriften“ unseres Verbandes. Preis 1,50 Mk.

Diese 144 Seiten umfassende Schrift ist ein vorzügliches Führer durch die internationale Gewerkschaftsgeschichte. Sie schildert kurz die Geschichte der Gewerkschafts-Internationale und berichtet dann im einzelnen über die Konferenzen von Kopenhagen im Jahre 1901, Stuttgart 1902, Dublin 1903, Amsterdam 1905, Christiania 1907, Paris 1909, London 1911 und Zürich 1913. Dann kommen die schwereren vier Kriegsjahre mit der Herrschaft der Internationale und den freigestrichenen Bewilligungen, die Fäden der internationalen Beziehungen immer wieder neu neu zu knüpfen. 1919, nach Kriegsende, gelingt das wieder für dauernd. Der Weg der Internationale wird von Berlin nach Amsterdam verlegt. Das Buch schildert dann in großen Zügen die Tätigkeit der Internationale in der Nachkriegszeit und gibt am Schluß eine Übersicht über die internationalen Verfassungsverhältnisse.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Seipert. 2. Jahrgang 1926. Heft 9, 64 S. Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Unter den Wissenschaften, die in den letzten Jahrzehnten am ehesten sind, kann die Arbeitswissenschaft auf das besondere Interesse der Gewerkschaften rechnen. „Die Arbeit“ hat seit Beginn ihres Erscheinens besonderen Wert darauf gelegt, ihre Leser mit den Methoden dieses Wissenschaftsgebietes wie mit den neuen Ergebnissen der fortschreitenden Forschung vertraut zu machen. Im neuen Heft bringt die Zeitschrift einen

Klausen über „Aufgaben und Ziele der Arbeitswissenschaft“, in dem der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitswissenschaft Professor Dr. Edgar H. Meyer gegenüber den veralteten Anschauungen Lantors, der „ohne jede genaue Kenntnis des menschlichen Organismus Rationalisierungen zu betreiben“ habe, die These vertritt, daß „der Arbeitsvorgang so gestaltet werden muß, daß er der Eigenart des menschlichen Motors angepaßt ist.“ Die Rationalisierung des Arbeitsvorgangs selbst ist nur eine Teilaufgabe in dem großen Gebiet der Rationalisierung der Wirtschaft, die heute in einer Reihe von Gewerkschaften in Angriff genommen worden ist. Aber die Rationalisierung besteht ihren Sinn, wenn sie nicht Zielsetzungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hat. In einem sehr instruktiven Artikel „Rationalisierung und Arbeitsmarkt“ beschäftigt sich Friedrich Oll mit der Frage, wie die bisher durchgeführte Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt gewirkt hat. Das 26-jährige Jubiläum des 1900 Meter Bergbauabkommens führt über die weitverbreiteten „internationalen Verbindungen“ einen Überblick zu verschaffen. In „Industrie, Handel und Verkehr“ schreiben Paul Ufermann gibt ein anschauliches Bild dieser Internationalität des Kapitals, die nach dem Krieg zu neuem Aufschwung gekommen ist. Ueber die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiterchaft berichtet Dr. Paul Ollberg in einem Aufsatz „Der Reallohn in Sowjet-Russland“ auf Grund russischer Materialien. Gertrud Schreier berichtet in einem Aufsatz „Industrielle und gesellschaftliche Verantwortung im Rahmen der Gesetzgebung“ die sozialpolitischen Gegenstände, wie sie in der großen Düsseldorf Ausstellung zutage treten. Die Rundschau umfaßt die sozialpolitische Chronik, einen Beitrag zum Bildungsweien und einen anderen über die japanische Gewerkschaftsbewegung. Die Schriftensammlung eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Neuerscheinungen.

Wissenshefte für die Arbeiterchaft über die Sparrentbewegung. Im Verlag des Arbeiter-Sparrentbundes für das deutsche Sprachgebiet ist eine 40seitige Werkschule für Sparrenten erschienen. Die Broschüre gibt Aufschluß über die Bewertung und Anwendung des Sparrenten auf allen Gebieten, in der Wissenschaft, für Kinder, Arbeiterpartei, Rabbiner, etc. etc. Außerdem enthält sie eine kurze Geschichte der Entwicklung des Sparrenten, die Geschichte der Arbeiter-Sparrentbewegung, eine vollständige Grammatik des Sparrenten u. a. m. Die Broschüre ist zum Preise von 50 Pf. durch alle Ortsgruppen des Bundes oder von seiner Geschäftsstelle, Ludwig E. L. Wollert, 18, zu beziehen.

Im Heft 9 dieser Zeitschrift, herausgegeben vom Vorstand des internationalen sozialistischen Kampfbundes enthält einen Aufsatz von Hellmut Kauschenplatz, „Die Todesstrafe des Kapitalismus in Russland“ und einen Artikel von Karl Glöckel, „Das laufende Band“. Verlag: „Öffentliches Leben“, Stuttgart, Deger, 21. Preis des Heft 20 Pf.

Salamander Fußarzt
für empfindliche Füße
Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter

Salamander

5-10 Schallplatten gratis!

Nebenst. mod. große „Gral“ Konzert-Sprechmaschine, echt Elbe, stark Präzise, Doppelleder Schaeckenwerk höchst vollendete Tonreinheit, klar im Wort, ohne Zwischen-Haasel, direkt an Mahagoni poliert 97.50 RM Elbe: Gerad. Deck. 90.— RM Elbe: Salonschrank 165.— RM Sol. Tischapparate schon ab



25 RM alles bei wöch. 2 RM Zahlung ab

Ottogende Anerk. — Garantie!

1a Schallpl. wöch. ab 15 Pf.

O. Grahl, Leipzig

DITTRICH-RING & Co

Vertrags-Lied. des D. Offiziers-Bundes

Verlangen Sie heute Gratisprospekt 347.



Grammophone und Platten

gegen Tollsahlung liefert billigst

F.G. Leonhardt, Leipzig C1, Lessingstr. 11

Preislisten gratis und franko

Qualitäts - Instrumente

aller Art



Reichste Auswahl Katalog gratis

Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kunststr. 12

Amerikanisch billigste Bezugsquelle bester böhmischer Bettfedern

1 Pfd. graue, gute Halb-

scheidfedern 1.20 und

1.50 M., weißere 1.90 M.,

geschlossene, weiße,

flaumige 2.75, 3.50, 4.50

M., Halbflaum - Herr-

schaftfedern 5.50, 6.00, 7.00 M., 1 Pfd. Rupp-

federn, ungeschlossene, halbweiße 2.25 M.,

weiße 4.00 M., allerbeste 5.00 M., Zeitfrei

geg. Nacha. von 10 Pfd. aufwärts franko.

Kaufsende empfangen oder Geld zurück. Keine Umsatz-

steuer. Max Steiner, Klatovy Nr. 244 Böhmen

W. Badenschestr. 10 P

Seben erschien das große Kassettenwerk:

Berliner Geschichten und Bilder

Vier Bände in Großquart-Format (19 1/2 x 26 cm) auf bestem holzfreien Papier gedruckt. Jeder Band in Ganzleinen (mit Goldprägung) gebunden, in gemeinsamer Kassette ver-

einigt, mit etwa 100 Seiten Text und 50 Bildern im Offset-

und Kupferdruckverfahren von

Heinrich Zille / George Grosz / Käthe Kollwitz

Preis der Kassette: Mk. 38.—

Inhalt der Kassette: Erster Band: H. Zille, Berliner

Geschichten und Bilder / Zweiter Band: H. Zille, Zwischen

Spre und Panke / Dritter Band: George Grosz, Spieler-

Spiegel / Vierter Band: Das Käthe Kollwitz-Werk.

Die Bände sind auch einzeln lieferbar und kosten

Band I Mk. 8.—; Band II Mk. 10.—; Band III

Mk. 13.—; Band IV Mk. 7.—.

Zu beziehen durch

Abteilung Bücher und Schriften

Berlin SO 35, Schleische Straße 42

Metalbetten

Stahlmatr., Kinderbett, günst. a. Priv. Kat.

147 freil. Eisenmöbelwerkstatt (T.M.B.) G

Die Werke der großen russischen Dichter

Leo Tolstoj

Kindheit, Knabenjahre, Jugendszeit. 1 Band • Krieg und

Frieden. 4 Bände • Anna Karenina. 2 Bände • Aufer-

stehung. 1 Band • Erzählungen 1852—1898. 1 Band • Er-

zählungen 1856—1861. 1 Band • Erzählungen 1861—1908.

1 Band • Erzählungen 1909—1910. 1 Band • Volkser-

zählungen 1872—1909. 1 Band • Dramen. 1 Band.

F. M. Dostojewski

Ein Werdender. 2 Bände • Die Dämonen. 2 Bände • Der

Idiot. 2 Bände • Aufzeichnungen aus einem Totenhaus.

1 Band • Erniedrigte und Beschädigte. 1 Band.

Beste und vollkommenste Uebersetzung — Auf holzfreiem Papier

Sehr guter Ganzleinen-Einband — Umfang durchschnittlich 360 S

Jeder Band statt 7,50 Mk. nur 5,75 Mk.

Bei größeren Bestellungen gewähren wir Ratenzahlung

Abteilung Bücher und Schriften

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Berlin SO 35, Schleische Straße 42

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

KOCH & SEBLAND G. m. b. H. BERLIN

Gegründet 1893 Gertrandenstraße 20-22 Gegründet 1893

Verblüffend billig ist die Teilnahme an Rundfunk

Für 10.— Mark monatliche Miete

Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sahabörer

emchi. Antenne u. kostenl. Ueberwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.

Sprechmaschinen echt Elbe inkl. Platten und Radcin

zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen.

12 Schallplatten in elegantem Album.

Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3.75 p. Platte

6 Monatsraten à Mark 3.00

Unverbindliche Vorführung: W. Uhlandstr. 27 (Laden). 542, Ritterstr. 11 (Hof).

Geöffnet täglich von 8-7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch

Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.

Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Was sich jeder wünscht!



Die mollige Ecke im eigenen Heim kann sich heut dank meinem Teilzahlungssystem auch der bescheidensten Haushalte leisten



Besten ohne Anzahlung • Mäßige Raten • Auswärts 3 Tage zur Probe

Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verlangen Sie Prachtkatalog D oder Vertreterbesuch

Anzahlungsplan ohne Kauflangweil. 9-7 Uhr

DEUTSCHE HEIMKUNST

Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelherstellung

Berlin, Annenstr. 741, a. d. Alten Jakobstraße :: Tel.: Moritzpl. 463

Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.

Wie immer erhalten Sie bei uns

Qualitätsware zu außerordent-

lich billigen Preisen.

Größte Auswahl in Damen-,

Herrn- und Kinder-Artikeln.

F. Potolowski Nachf., Berlin

Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchtstr.)